

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Studenten haben unsere volle Sympathie

„Machen Sie doch was!“ Mit dieser Aufforderung wandte sich Bundeskanzler Helmut Kohl an Oppositionsführer Rudolf Scharping, an die SPD und die Grünen, nachdem er vorgerechnet hatte: Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen nehmen den schlechtesten Platz bei den Hochschulausgaben von allen Ländern der Bundesrepublik ein.

Helmut Kohl kritisierte in aller Schärfe, daß Scharping die Gelegenheit der Haushaltsdebatte am 26. November nur dazu benutzt habe, polemische Angriffe zu formulieren, ohne etwas zur Sache zu sagen. Schon gar nicht habe er Antworten auf die Proteste deutscher Studenten gegeben.

„Wir haben uns vor der Verantwortung nicht gedrückt“

Die Studenten sind nach Bonn gekommen. Aber Bonn sei gar nicht ihr Ansprechpartner. Helmut Kohl: „Wir als Bundesregierung haben uns nämlich vor der Verantwortung nicht gedrückt.“

„Vieles, was die Studenten beklagen, ist berechtigt und“ – so der Bundeskanzler – „verdient unsere Sympathie und Unterstützung“: Diese junge Generation wolle nicht den Sturz der Republik, sondern sich

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

- **Bundshaushalt**
Bundesfinanzminister Theo Waigel: Eckwerte eingehalten – keine Steuererhöhungen. Seite 3
- **Bundsvorstand**
Generalsekretär Peter Hintze: Solidarität ist nicht regionalisierbar. Seite 5
- **„Arbeit für alle“**
Zu einer sinnvoll organisierten Beschäftigungsförderung. Kongreß der CDU/CSU am 18. November in Berlin. Seite 8
- **Beschäftigungsgipfel**
Mit verbindlichen Leitlinien gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit. Von Thomas Mann, MdEP. Seite 12
- **Niedersachsen**
Schröder = Sprüche statt Taten. Beispiel Arbeit und Soziales. Seite 16
- **Agrarkongreß**
Kein radikaler Kurswechsel in der Agrarpolitik. Seite 21
- **Kurz & bündig**
ARGUMENTE. Für einen pünktlichen Start des EURO. Seite 35

Kurz & gut

**Sonderregelung
2 Jahre länger**

Vor allem die Kommunen in den neuen Bundesländern werden entlastet, wenn der Bundestag das Votum des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung in Sachen ABM-Lohnkosten bestätigt und die Sonderregelung in Ostdeutschland um zwei Jahre verlängert. Danach könnte auch weiterhin die zehnprozentige Reduzierung der Lohnkostenzuschüsse durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit von ABM-Kräften kompensiert werden.

**Neue Umfrage
zeigt EURO-
Umschwung**

Von 63 auf 45 Prozent gesunken ist seit Herbst 1996 der Anteil der Deutschen, die eine gemeinsame europäische Währung skeptisch beurteilen. Diesen Stimmungsumschwung hat in ihrer aktuellen Herbstumfrage die Konrad-Adenauer-Stiftung festgestellt.

**Zeugenschutz
wird ausgebaut**

Ein Zeugenbeistand auf Staatskosten ist der wesentliche Bestandteil des neuen Zeugenschutzgesetzes. Es sieht auch Zeugenvernehmung in einem anderen Raum vor, wenn die Gefahr besteht, daß das Wohl des Zeugen bei Anwesenheit im Gerichtssaal schwerwiegend beeinträchtigt wird.

**Interessen
der Kommunen
gewahrt**

Auch in Zukunft werden die Einnahmen aus Konzessionsabgaben der Energieversorgungsunternehmen den Kommunen ungekürzt zufließen. Das sieht das neue Energiewirtschaftsgesetz vor, das die uneingeschränkte Kompetenz der Kommunen bei der Energieversorgung bestätigt.

CDU/CSU: Neue Initiativen für mehr Beschäftigung

„Die Menschen müssen wieder wissen, daß jeder, der von der Gemeinschaft eine Leistung erwartet, auch selbst eine Leistung für die Gemeinschaft erbringen muß.“

Mit diesen Worten erläuterte Ulf Fink eine Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wonach künftig – anstatt staatliche Alimentation zu

finanzieren – Beschäftigungsangebote gefördert werden sollen. Wichtigste Forderung auf dem CDU/CSU-Kongreß „Arbeit für alle“ am 18. Novem-

ber in Berlin: Sozialhilfeempfänger sollen verstärkt zur Arbeit in den Kommunen herangezogen werden. Fink: Für 200.000 von insgesamt 700.000 arbeits-

fähigen Sozialhilfeempfängern – 80.000 mehr als drei Jahre zuvor – haben die Kommunen bereits Arbeit beschafft, und es rechnet sich für sie.



**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
2**

„Zusammenstehen, fest entschlossen, einig und stark – mit Christian Wulff an der Spitze, der jede nur denkbare Unterstützung verdient hat.“

Wilfried Hasselmann auf dem Landesparteitag der CDU Niedersachsen in Stade

Bundshaushalt 1998 und Nachtrag für das Haushaltsjahr 1997

Konjunkturelle Belastungen aufgefangen

Ohne Steuererhöhungen, ohne zusätzliche Schulden und ohne Einschnitte in die Leistungen für die Bürger hat die Koalition im Nachtrag 1997 und im Haushalt 1998 sowohl Mehrausgaben für Arbeitsmarkt und Rentenzuschüsse als auch Steuermindereinnahmen von rund 21 Milliarden Mark bewältigt.

Damit unterstützen CDU/CSU und FDP den sich verstärkenden wirtschaftlichen Aufschwung und erfüllen gleichzeitig die Bedingungen für die Teilnahme Deutschlands an der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Eckwerte 1997: Trotz zusätzlicher Haushaltsbelastungen sinken 1997 die Gesamtausgaben des Bundes gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent, nämlich um fast 11 Milliarden auf 444,8 Milliarden Mark. Die Nettokreditaufnahme im Nachtragshaushalt beträgt 70,9 Milliarden Mark und liegt um 330 Millionen Mark unter der ursprünglichen Annahme.

Eckwerte 1998: Bei den Haushaltsberatungen ist es gelungen, Belastungen in Höhe

von 14 Milliarden Mark vollständig aufzufangen und darüber hinaus die Nettokreditaufnahme um 1,4 Milliarden auf 56,4 Milliarden Mark zu senken. Damit wird die Grenze des Artikels 115 Grundgesetz deutlich unterschritten.

Die Gesamtausgaben 1998 liegen mit 456,8 Milliarden Mark auf dem Niveau von 1996. Durch konsequente Konsolidierungspolitik leistet der Bund mit einem Ausgabenanteil von 12 Prozent am Bruttoinlandsprodukt seinen Beitrag zur notwendigen Senkung der Staatsquote. Dies ist der niedrigste Wert seit den 50er Jahren.

Mehrausgaben im Sozialbereich

Da es auch 1998 noch nicht zu einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen wird, werden die Arbeitsmarktausgaben des Bundes auf 45,6 Milliarden Mark steigen – nach 41,6 Milliarden im laufenden Jahr. Die Leistungen für die Rentenversicherung werden 1998 die Rekordmarke von 90,4 Milliarden Mark erreichen.

Kein Votum gegen Wehrpflicht

Arbeitslosigkeit, Renten, Innere Sicherheit – das sind die Themen, die im Vordergrund stehen. Wehrpflicht ist es nicht. Das hat das Ergebnis der FDP-Mitgliederbefragung gezeigt. Von insgesamt 70.000 Mitgliedern

haben nur 13.000 an der Befragung teilgenommen. Den Initiatoren ist entgangen, daß sich die Wehrpflicht als Ausdruck der persönlichen Mitverantwortung der Bürger für Frieden und Freiheit bewährt hat.

Sprechblasen statt Reformen

„Innovation“ ist das Schlüsselwort des wirtschaftspolitischen 10-Punkte-Programms der SPD-Bundestagsfraktion. Aber die konkreten Vorschläge enthalten nichts Neues. Sie sind weithin bei Union und Bundesregierung abgeschrieben:

Senkung der Lohnnebenkosten, Stärkung des Mittelstands, Förderung von Existenzgründungen, Arbeitsanreize für Sozialhilfeempfänger, umweltgerechte Verkehrspolitik – vieles kopiert, aber nicht kopiert.

Bundesfinanzminister Theo Waigel

am 25. November im Deutschen Bundestag:

Eckwerte eingehalten – keine Steuererhöhungen

**Die Koalition hat für den Nachtrags-
haushalt 1997 und den Haushalt 1998
ein tragfähiges Konzept erarbeitet. Wir
haben dabei eine Reihe von Zielkonflik-
ten lösen können:**

- Keine höhere Neuverschuldung, trotz der erheblichen Haushaltsmehrbelastungen durch Steuern, Arbeitsmarkt und Rente.
- Es gibt keine Steuererhöhungen.
- Das gilt auch für die Absenkung des Solidaritätszuschlags ab Januar 1998. Das Geld fließt in voller Höhe in die Taschen der Bürger.
- Der Bundeshaushalt leistet seinen Beitrag zur Einhaltung des Maastricht-Defizitwertes – 1997 und 1998.

Fortsetzung von Seite 1

eine Zukunft erarbeiten, Leistung erbringen und beruflichen Erfolg haben. Dies seien nicht die Ziele, die Herrn Fischer und seine Freunde seinerzeit über die Rollbahnen getrieben hatten.

Der Bundeskanzler erinnert an die 3,6 Milliarden und 2,5 Milliarden Mark, die die Bundesregierung für ein Hochschulsonderprogramm und für den Hochschulbau bereitgestellt hat, ebenso wie an die 40 Millionen Mark zur besseren Ausstattung der Universitätsbibliotheken. Dies ist besonders bemerkenswert, da 90 Pro-

Die wesentlichen haushaltspolitischen Eckwerte stellen sich gegenüber den Regierungsentwürfen sogar etwas günstiger dar:

● Das nominale Ausgabenwachstum bleibt sehr moderat. Die Gesamtausgaben des Jahres 1998 liegen nur 0,3 Prozent über den Ausgaben des Jahres 1996.

Die Ausgabenentwicklung im Bundeshaushalt unterschreitet damit erneut deutlich die Prognosen für das Wirtschaftswachstum in diesem und im nächsten Jahr.

● Die Nettokreditaufnahme liegt sowohl beim Nachtrag 1997 als auch beim Haushalt 1998 unter den Zahlen der Regierungsentwürfe.

Dieser Erfolg ist uns trotz der Cassandra-

zent aller Finanzierungsleistungen Sache der Bundesländer sind.

Helmut Kohl: „Statt ihren Verpflichtungen nachzukommen, haben vor allem die SPD-regierten Länder die Hochschuletats drastisch gekürzt.“ Dabei gehe es gar nicht um die Frage des Geldes, sondern um den guten Willen. Hier offenbare sich ein totales Versagen einiger Länder.

Helmut Kohl noch einmal an die Adresse von SPD und Grünen: „Sie tun nichts für die Zukunft, Sie wollen nur auf die Regierungsbank.“ **(Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers in UID 39/97).**

rufe der Opposition gelungen. Wir haben:

- Forderungen nach Mittelaufstockungen nicht nachgegeben, sondern alle Entlastungsspielräume konsequent zur Ausgabenabsenkung genutzt.
- Das Haushaltsmoratorium haben wir weiterhin strikt eingehalten.
- Alle haushaltswirtschaftlichen Einsparungspotentiale wurden genutzt.
- Alle ordnungspolitisch richtigen Privatisierungsmöglichkeiten wurden konsequent ausgeschöpft.

Struktureller Reformbedarf

Dennoch sind die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gestoßen. Die Budgetspielräume sind durch hohe Grundlasten weitgehend ausgeschöpft.

Allein die Sozialtransfers decken 1998 mit 176 Mrd. DM fast 40 Prozent der Ausgaben im Bundeshaushalt ab.

Die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung und die Bundesknappschaft werden 1998 mit 86 1/2 Mrd. DM eine Rekordhöhe erreichen. Für die Alterssicherung werden im Bundeshaushalt 1998 insgesamt fast 95 Mrd. DM aufgewendet.

Dazu kommen die Beiträge zur Rentenversicherung für Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger. Sie betragen im kommenden Jahr rund 25 Mrd. DM.

Diese Zahlen dokumentieren: Das Gerede vom sozialen Kahlschlag ist falsch und unverantwortlich, weil es unbegründete Ängste hervorruft und eine sachliche Debatte um den notwendigen Umbau unseres Sozialstaates behindert.

Die Zukunft muß Vorfahrt haben. Für prioritäre Felder muß der Staat daher Handlungsspielraum schaffen: Das sind vor allem die öffentlichen Investitionen – im Bereich der Infrastruktur, bei Forschung und Bildung.

Das zwingt bei knappen Kassen zu Prioritäten an anderer Stelle: Beim öffentlichen Verbrauch, bei den strukturkonservierenden Subventionen und auch bei den Sozialtransfers.

Wer hier nicht zu einer Diskussion bereit ist und überhaupt nicht willens ist, Wichtiges und weniger Wichtiges zu trennen, landet unweigerlich bei höheren Schulden, Steuern und Abgaben. Mit diesem Ergebnis wird er am Urteil der Märkte und am Urteil des Wählers scheitern.

Nachtragshaushalt 1997

Die Gesamtausgaben des Bundes steigen durch den Nachtragshaushalt 1997 gegenüber dem bisherigen Soll um 5 Mrd. DM auf 444,8 Mrd. DM.

Die Nettokreditaufnahme konnte gegenüber dem Entwurf vom Sommer leicht abgesenkt werden und liegt nunmehr bei 70,9 Mrd. DM. Damit wird die Nettokreditaufnahme des Vorjahres von 78,3 Mrd. DM deutlich unterschritten. Es ist gelungen, die Mehrbelastungen von 6,7 Mrd. DM aus der November-Steuerschätzung durch ein Bündel von Konsolidierungsmaßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite ohne zusätzliche Verschuldung auszugleichen.

Haushalt 1998

Auch im Haushalt 1998 ist es gelungen, die gegenüber dem Regierungsentwurf aufgetretenen Mehrbelastungen in vollem Umfang aufzufangen. Die Eckwerte können sogar gegenüber dem Haushaltsentwurf merklich verbessert werden.

Die Gesamtausgaben liegen bei 456,8 Mrd. DM. Sie steigen damit gegenüber dem Soll 1997 um 2,7 Prozent. Die Nettokreditaufnahme liegt bei 56,4 Mrd. DM. Sie unterschreitet die Investitionen von 58,1 Mrd. DM und damit die Verschuldungsgrenze des Art. 115 GG deutlich.

Generalsekretär Peter Hintze:

Solidarität ist nicht regionalisierbar

Im Anschluß an die Sitzung von CDU-Präsidium und Bundesvorstand am 24. November informierte Generalsekretär Peter Hintze die Presse in Bonn über die Ergebnisse.

Keine Entsolidarisierung zwischen West und Ost

Eine klare Absage hat der Bundesvorstand dem Vorschlag einer Regionalisierung der Sozialversicherungssysteme erteilt, den auf dem CSU-Parteitag in München Ministerpräsident Edmund Stoiber gemacht hat.

Generalsekretär Peter Hintze: „Wir sind der Auffassung, daß eine solche Regionalisierung uns von dem grundgesetzlich aufgetragenen Ziel abbringen würde, gleichwertige Lebensverhältnisse überall in unserem Land herzustellen. Vor allem würde sie uns in unseren Anstrengungen weit zurückwerfen, die Lebensverhältnisse in Ost und West einander anzugleichen.“

Sehr hohe Beiträge für die Arbeitslosenversicherung in den neuen Bundesländern würden vergleichsweise niedrigen Beiträgen in den süddeutschen Ländern gegenüberstehen. Die Beitragslast, die dann auf Arbeitsplätzen in den neuen Ländern läge, würde den voraussichtlichen wirtschaftlichen Aufbau extrem behindern.

Peter Hintze: „Wir halten am Grundprinzip der Solidarität in ganz Deutschland fest. Wir wissen aber gleichzeitig, daß wir nach neuen Organisationsmodellen suchen müssen, die Effizienz, Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Sozialversicherungssysteme verbessern. Eine Regionali-

sierung der Kosten lehnen wir jedoch strikt ab.“

Der EURO wird pünktlich starten

Der Bundesvorstand hat auch die Kritik des bayerischen Ministerpräsidenten am europapolitischen Thesenpapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgewiesen und den europapolitischen Kurs von Wolfgang Schäuble bestätigt:

- Es bleibt bei den vereinbarten Kriterien der gemeinsamen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
- Es bleibt bei unserem Fahrplan und dem pünktlichen Start des EURO.

Erfolgreicher Gipfel in Luxemburg

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm haben die Ergebnisse des Beschäftigungsgipfels in Luxemburg positiv bewertet und dem luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker für die gute Vorbereitung gedankt.

Der Bundesvorstand teilte diese Bewertung und hob als Erfolge der Beratungen insbesondere das Darlehnsprogramm der Europäischen Investitionsbank und die Leitlinien zur Beschäftigungsförderung sowie zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit hervor.

Generalsekretär Peter Hintze: „Der Gipfel in Luxemburg hat erneut deutlich gemacht, daß Deutschland bei der Schaffung von Arbeitsplätzen gegenüber anderen europäischen Ländern einzig und allein deshalb ins Hintertreffen geraten ist, weil die Sozialdemokraten in diesem Land die große Steuerreform blockieren.“

Die Steuerreform dürfe nicht bis nach der Bundestagswahl 1998 verschoben werden. Sie müsse schon vorher auf den Weg gebracht werden.

Peter Hintze: „Wir brauchen die große Steuerreform, wenn nicht trotz erfreulichen Wirtschaftswachstums die Steuereinnahmen des Staates weiter zurückgehen sollen. Aus durchsichtigen Gründen eines taktischen Vorteils nehmen Lafontaine und Schröder große Nachteile in Kauf, die Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam treffen.“

Die Studenten haben unsere volle Sympathie

Mit einem Hochschulonderprogramm in Höhe von 3,6 Milliarden Mark und mit Mitteln für den Hochschulbau in Höhe von 2,5 Milliarden Mark hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode entscheidende Maßnahmen ergriffen, um die schwierige Situation der überbelasteten Hochschulen zu entschärfen.

Mit der Novelle des Hochschulrahmengesetzes soll das Studium effizienter gemacht, die Studiendauer verkürzt und der Wettbewerb unter den Hochschulen verstärkt werden.

Generalksekretär Peter Hintze: „Bei den Demonstrationen, die im Moment laufen,

haben die Studenten unsere volle Sympathie und auch unsere politische Unterstützung.

Die Verantwortung liegt ausschließlich bei den Bundesländern. Sie sind für die Hochschulen zuständig. 90 Prozent der Hochschulkosten müssen von ihnen finanziert werden, und die gesamte Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln fällt darunter.“

Peter Hintze: „Die Bundesregierung wird ihre Aufgaben pünktlich erfüllen. Das neue Hochschulrahmengesetz kann nach unserem Willen am 1. April des nächsten Jahres in Kraft treten.“

Angriffe auf Rita Süßmuth zurückgewiesen

Mit Entschiedenheit hat der Bundesvorstand alle Angriffe auf die Präsidentin des Deutschen Bundestages im Zusammenhang mit der Auszahlung von Mitteln der Parteienfinanzierung an die FDP zurückgewiesen.

Rita Süßmuth habe dem Parteigremium vorgetragen, daß sie die Auszahlung an die FDP nach gründlicher Prüfung durch die Leitungsbeamten der Bundestagsverwaltung und nach Hinzuziehung eines externen Gutachtens eines renommierten Verwaltungsrechtlers hin angewiesen habe.

Frischluff bietet auch 1998 Jugendleiter-Ausbildung an

Nach zwei erfolgreichen Lehrgängen im laufenden Jahr bietet der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluff e.V. auch 1998 wieder zwei Jugendleiter-Ausbildungen an. Die Lehrgänge umfassen je zwei Wochenenden mit insgesamt 40 Unterrichtsstunden. Nach erfolgreicher Durchführung erhalten die Teilnehmer den Jugendleiterausweis. Die Ausbildung ist vom Landesjugendamt anerkannt und erfolgt an

den Wochenenden vom 20. 3. bis 22. 3. und 3. 4. bis 5. 4. 1998 in Soest/Westfalen und vom 30. 10. bis 1. 11. und 20. 11. bis 22. 11. 1998 in Bonn.

Anmeldung und Informationen bei Frischluff Nordrhein-Westfalen e.V.;
c/o Jörg Schmidt, Kühlenberg 55,
58644 Iserlohn, Telefon (0 30)
8 14 12 72, Telefax (0 23 74) 7 41 05,
oder über e-Mail an flnrw@aol.com.

Unternehmen kehren nach Deutschland zurück

Nach einer Untersuchung des „Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung“ in Mannheim ist der Standort Deutschland besser als sein Ruf. Unternehmen kehren nach Deutschland zurück und ausländische Firmen entdecken Deutschland neu. Niedrige Löhne sind mittlerweile kein Grund mehr für Produktionsverlagerungen.

Rund 20 bis 30 Prozent der Auslagerungen nach Ostdeutschland haben sich als Fehlschlag erwiesen, wie das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung feststellt. Der Einkauf ist in Osteuropa teurer, die Qualität des Materials schlechter und das Produktionsengagement der Mitarbeiter mangelhaft. Diese Erfahrung machte zum Beispiel der Flughersteller Lempken in Alpen am Niederrhein.

Nach der Deregulierung von Forschungshemmnissen stimmen auch die Bestimmungen für die Bio- und Gentechnologie wieder. Die Hoechst-Tochter Marion Roussel eröffnet ein neues Zentrum für angewandte Genom-Forschung in München. In diesem Jahr wird mit einer Verdopplung der Zahl der Bio-Technologie-Unternehmen gerechnet.

Eine weitere Aufwertung erfährt der Standort Deutschland durch staatliche Beihilfen, zum Beispiel für umweltverträgliche Fertigungsmethoden. Gefördert werden zum Beispiel Solaranlagen, die in Gelsenkirchen und Alzenau weltweit führende Fertigungsstätten für Sonnenkollektoren bauen.

Made in Germany verkauft sich auch bei den Computer-Programmen mittlerweile im Ausland gut. Kürzlich erhielt der Software-Hersteller SAP mit Sitz im badi-schen Waldorf den ersten Arbeitsplatzpreis

in Deutschland. Er wird vergeben an das Unternehmen, das in absoluten Zahlen die meisten Leute einstellt. Dies zeigt: Mehr Beschäftigung entsteht durchaus durch neue Produkte.

Auch der Kerpener Spezialist für Vernetzung von Computer-Systemen COMPUTE NET findet internationale Beachtung. Er hat sich seit 1984 zu einem großen Konzern mit 2.800 Mitarbeitern und 17,3 Milliarden Mark Umsatz entwickelt.

Selbst Firmen, die sich im Silicon Valley angesiedelt haben, fragen mittlerweile Informatiker aus Deutschland, wie etwa die der Hamburger Informatik-Firma Poet-Software, nach, um Datenbank-Lösungen zu finden. Ursache hierfür ist der hohe Lohn, den man in den USA erstklassigen Leuten im Vergleich zu Deutschland zahlen muß.

Der bayerische Autositzerhersteller Bertrand Faure hat die Produktion von Autositzen komplett aus Tschechien wieder nach Deutschland zurückgeholt. In Geiselhöhnung werden sie nun dank Automatisierung und verbesserter Logistik günstiger als je zuvor hergestellt. Ursache waren u.a. die langen Wartezeiten an der deutsch-tschechischen Grenze, die die Weiterverarbeitung in Deutschland verzögerten.

Das Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung in Karlsruhe hat einen neuen Trend entdeckt: „Betriebe, die in den vergangenen zwei Jahren Fertigungsbereiche ihrer Produktion ins Ausland verlegt haben, weisen mit 80 Tagen eine um 32 Prozent höhere Auftragsdurchlaufzeit auf als Unternehmen mit ausschließlich inländischer Produktion.“ ■

Aufbruch in eine sinnvoll organisierte Beschäftigungsförderung

„Ich wünsche mir, daß von diesem Kongreß ein Signal des Aufbruchs zur Arbeit für alle ausgeht. Ein Aufbruch, wie ihn Bundespräsident Roman Herzog in seiner Berliner Rede beschworen hat. Er hat gesagt: ‚Was sehe ich in Deutschland? Hier herrscht Mutlosigkeit. Krisenszenarien werden gepflegt‘, und er fährt weiter fort: ‚Ich glaube einfach daran, daß die Deutschen ihre Probleme lösen können. Ich glaube an ihren Gemeinschaftsgeist und ihre Fähigkeit, Visionen zu verwirklichen. Ich rufe auf zu mehr Selbstverantwortung. Wir müssen jetzt an die Arbeit gehen. Ich setze auf erneuten Mut und vertraue auf unsere Gestaltungskraft. Glauben wir wieder an uns. Die besten Jahre liegen noch vor uns.“

Mit diesem Wunsch beendete **Ulf Fink**, der Leiter des Arbeitskreises „Arbeit für alle“ sein Einleitungsstatement auf dem Kongreß „Arbeit für alle – Neue Initiativen für mehr Beschäftigungsförderung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 18. November.

Um die Zukunft aktiv zu gestalten, wurden in Berlin Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, zur Integration von Jugendlichen ohne Schulabschluß in die Berufsausbildung und zur verstärkten Beschäftigung von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern diskutiert.

Ulf Fink fordert die Kommunen auf, pro Jahr 100.000 Sozialhilfeempfänger zu be-

schäftigen und das Programm „Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger“ bundesweit anzuwenden. Damit kann jeder Schulabgänger einen Praktikantenplatz mit einem Nettoeinkommen von monatlich 500 Mark und Qualifizierung erhalten.

In der Eröffnungsdiskussion wurden die unterschiedlichen Positionen von Arbeitgeber-, Arbeitnehmerseite und Politik ausgetauscht.

„Arbeit für alle –
neue Initiativen für mehr
Beschäftigungsförderung“:
Kongreß der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
am 18. November in Berlin

Konsens wurde erzielt in dem Sinne, daß in der anlaufenden Aufschwungphase statt Überstunden mehr befristete Einstellungen als Weg zu Dauerarbeitsverträgen erfolgen sollten. Übereinstimmung gab es auch, daß bei genügend Arbeit Innovationen, Kostensenkung und flexible Arbeitszeitgestaltung wichtige Voraussetzungen für mehr Beschäftigung sind, wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Heiner Geißler** feststellte. Der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, **Dieter Hundt**, hatte zuvor betont, die Tarifparteien hätten ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitskosten geleistet. So habe es in diesem

Jahr äußerst moderate Lohnabschlüsse gegeben. Dagegen sei die von der Politik versprochene Kostensenkung durch Reformen nahezu ausgeblieben. Eine moderate Tarifpolitik laufe aber ins Leere, wenn die gesetzlich verordneten Lohnnebenkosten unverändert steigen.

Norbert Blüm: Soviel läßt sich gar nicht sparen

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, **Norbert Blüm**, wies die Kritik zurück. Wenn von den Unternehmern nicht eingestellt, sondern entlassen werde, könnten Sparmaßnahmen nicht ihre Wirkung entfalten. „Soviel kann ich gar nicht sparen, wie die Arbeitslosigkeit Löcher in die Sozialkassen schlägt,“ erklärte er. Unternehmer dürften nicht erst dann Leute einstellen wollen, wenn die Kosten auf Null gebracht seien. Dieter Hundt konterte, die Arbeitgeber könnten keine Leute einstellen, wenn die Arbeitsplätze nicht von Kosten entlastet würden. Dann gingen die Firmen in noch größerem Umfang kaputt. So werde es im nächsten Jahr einen neuen Pleitenrekord geben. Eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge wäre ein Schritt in die falsche Richtung. Norbert Blüm kritisierte ferner, daß von den Arbeitgebern gezielt reguläre Arbeitsplätze in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt würden.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), **Dieter Schulte**, wandte sich in einem schriftlichen Statement erneut gegen die sogenannten 610-Mark-Jobs und andere Niedriglohnformen bis zur Scheinselbständigkeit. Angesichts der negativen Folgen der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse forderte er nicht nur für die Sozialversicherungssysteme intelligente Gesamtlösungen. So plädierte er für eine Arbeitszeit-Neuorientierung auf Jahres-

oder Lebenszeiträume und neue Beschäftigungsfelder durch sogenannte Einfacharbeitsplätze. Diese könnten vor allem jungen Leuten den Weg in besser bezahlte und qualifizierte Jobs offenhalten. Der DGB-Chef warnte davor, die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern zu kürzen, da es noch keinen selbsttragenden Aufschwung gebe.

Am Mittag eröffnete Bundestagspräsidentin **Rita Süßmuth** die Ausstellung „Markt der Möglichkeiten“. Hier stellten Kommunen und andere Träger ihre bereits in der Praxis angewandten Beschäftigungsprogramme vor.

Die Stadt Leipzig bietet beispielsweise jedem arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger eine Arbeit an. Diese positiven Beispiele müssen Schule machen und sollen auch bei den Arbeitslosenhilfeempfängern angewandt werden. Wichtig ist es, eine enge Verbindung von Motivation, Qualifikation durch Arbeit und Bildung, begleitet von sozialpädagogischen Hilfen zur Stabilisierung, durchzuführen. Die Leipziger Konzeption zeigt, wie nicht genutzte Potentiale in den Prozeß einer konstruktiven gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Entwicklung integriert werden können. Eine Kienbaum-Studie zeigt im Vergleich der Sozialhilfe in dreizehn großen Städten, daß in Leipzig der Anteil der Hilfe zur Arbeit mit 22,3 Prozent an den Bruttogesamtausgaben weit über dem Durchschnitt von 8,5 Prozent liegt.

Am Nachmittag standen sechs Arbeitsforen auf der Tagesordnung.

Gunnar Uldall MdB: „Wir müssen uns bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze deshalb auch auf neue Beschäftigungsfelder konzentrieren. Als Beispiele nenne ich:

Zeitarbeit: Die Zeitarbeitsbranche bietet für viele Menschen eine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt. Statistiken belegen, daß etwa 30 Prozent der Zeitarbeitnehmer vorher Langzeitarbeitslose waren. Doch immer noch bildet Deutschland das Schlußlicht im EU-Vergleich: Nur 0,6 Prozent aller deutschen Arbeitnehmer sind Zeitarbeitnehmer, in den Niederlanden sind es zum Beispiel 2,4 Prozent. Wenn wir unseren Anteil zum Beispiel auch auf 2,4 Prozent erhöhen könnten, würde dies eine Zunahme um 300.000 Arbeitsplätze bedeuten.

Haushaltshilfen: Wir müssen verstärkt auch die privaten Haushalte als Arbeitgeber gewinnen. Einen Beitrag zur Erschließung neuer, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Privathaushalt sollte der neu eingeführte Haushaltscheck leisten. Offen gesagt, dieses Haushaltsscheckverfahren ist viel zu kompliziert. Es muß schnellstens eine einfache, verständliche Lösung gefunden werden.

Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor:

Wir müssen weitere Beschäftigungsfelder wieder öffnen, die in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend verschwunden sind, da die Lohnkosten in diesem Bereich für den Verbraucher einfach zu hoch geworden sind. Ich denke hier insbesondere an Dienstleistungsbereiche, bei denen der Bürger die Arbeit derzeit selber erledigen muß, zum Beispiel in Parkhäusern, Bahnhöfen, Tankstellen etc. In solchen Sektoren können viele neue Arbeitsplätze aber nur geschaffen werden, wenn die Unternehmen nicht die vollen Kosten tragen müssen, da die Kunden die Leistungen nicht zu kosten deckenden Preisen nachfragen werden. Eine staatliche Lohnbezuschung kann hier eine vorübergehende Lösung sein, denn der bisher Arbeitslose erarbeitet dann zukünftig zumindest einen Teil sei-

ner Kosten selber. Dieser Ansatz ist sehr ähnlich dem Kombilohnmodell, hat aber diesem gegenüber einen wichtigen Vorteil: Es wird nicht davon ausgegangen, daß der Sozialhilfeempfänger weiterhin Sozialhilfe bezieht und sich lediglich etwas mehr hinzu verdienen kann, sondern daß der Sozialhilfeempfänger einen vollen Arbeitsplatz bekommt, der vom Staat bezuschußt wird.“

Hermann Kues MdB: „Es ist zu wenig, Arbeitslosen lediglich Geld zur Verfügung zu stellen. Diese Verhaltensweise ist typisch für unsere Wohlstandsgesellschaft. Ziel muß es zuerst sein, daß jeder bei den Arbeitsämtern oder Sozialämtern ohne Arbeit Gemeldete in kürzester Zeit eine konkrete Arbeitsmöglichkeit angeboten oder nachgewiesen bekommt. Damit dieses funktioniert, sollen (zunächst in Modellregionen) Serviceagenturen für Beschäftigung auf kommunaler Ebene errichtet werden. Dies heißt nicht unbedingt, daß die Kommunen selbst die Agentur betreiben, aber sie soll von ihnen zumindest aktiv begleitet werden. Es geht darum, den Einfallreichtum der Kommunen zu mobilisieren, den diese bereits bei der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern bewiesen haben.“

Die Kommunen haben sich teilweise stark engagiert. Bekannt ist mir dies insbesondere aus meiner Heimatregion Osnabrück-Emsland, wo den Kommunen, wie mir berichtet wurde, teilweise bereits die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger für eine Vermittlung ausgehen. Unser Ziel muß es sein, auch bei der Arbeitslosenhilfe Strukturen zu verändern. Wer sich meldet und sagt, ich habe leider keine Arbeit gefunden, gleichzeitig aber arbeitsfähig ist, der braucht nicht nur Unterstützung, dem muß auch innerhalb einer Woche eine konkrete Arbeitsmöglichkeit angeboten und nachgewiesen werden. Wenn je-

Schüler Union kritisiert SPD-Sonderprogramm zur Jugendarbeitslosigkeit

„Keine einzige Lehrstelle wird durch Zwangsabgaben geschaffen. Auch kurzfristige künstliche Korrekturen der Arbeitsmarktzahlen bei Jugendlichen, wie es das SPD-Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorsieht, ist keine Hilfe zur Selbsthilfe“, kommentierte der Bundesvorsitzende der Schüler Union Deutschlands, Christian Jung (Neckargemünd), das von SPD-Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine vorgestellte „Sofortprogramm zur Jugendarbeitslosigkeit“.

Nach einem Informationsbesuch in der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg und einem Gespräch mit ihrem Präsidenten Bernhard Jagoda kommt Jung zu ganz anderen Schlüssen: Jungen Menschen werde keine Chance gegeben, wenn sie durch einen staatlichen Arbeitsmarkt individuell in ihrer Berufswahl eingeschränkt würden. Der nötige Verwaltungsapparat für die „Lehrstellensteuer der SPD“ würde solche Kosten erzeugen, daß dadurch nur unnötige Gelder verschleudert würden, die beispielsweise den Berufsberatern und der Ausbildungsvermittlung der Arbeitsämter fehlen würden. Geplante Lohnkostenzuschüsse für auszubildende Betriebe stellten dabei eine weitere unnötige Subventio-

nierung des Staates dar. Sie sollten lieber in die Bildungspolitik investiert werden.

Die SPD widerspreche sich, wenn sie behaupte, daß Jugendarbeitslosigkeit ein immer stärkeres Problem würde, und dabei nicht bedenke, daß dies auch die Summe ihrer „ideologisch geprägten“ Bildungspolitik sei. Wer über Jahre gepredigt habe, daß Leistung an den Schulen nicht mehr zäh-

Ausbildungsabgabe verschlimmert die Situation auf Lehrstellenmarkt nur noch.

le, müsse sich auch nicht wundern, daß viele arbeitslose Jugendliche nicht rechnen und schreiben könnten und so viele Aufnahmetests nicht bestünden. „Dann nützen auch kurzfristige Sofortprogramme nichts. Die Übernahme des Planes einer großen Beschäftigungsoffensive am Beispiel der Sozialisten in Frankreich durch die SPD ist schon deswegen abwegig, weil die Probleme verschleppt werden und der Staat sich hoch verschuldet.“ Die Schüler Union fordert stattdessen Ausbildungsverbände der Unternehmen, die ausbilden wollen, aber durch Vorschriften daran gehindert würden.

mand unter diesen Bedingungen auf Hilfe verzichtet, ist es auch in Ordnung. Der Steuerzahler hat Geld gespart.“

Maria Böhmer MdB: „In Deutschland gibt es 14.626 Städte und Gemeinden.

Wenn in jeder Stadt und Gemeinde in den nächsten Wochen und Monaten ein Dienstleistungszentrum oder eine Dienstleistungsagentur gegründet würde, dann wären das fast 200.000 reguläre Arbeitsplätze, die in kurzer Zeit entstehen könnten“

Mit verbindlichen Leitlinien gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit

Der Beschäftigungsgipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, der vom 20. bis 21. November in Luxemburg stattfand, war ein bedeutender Erfolg, der die Handschrift von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem christdemokratischen Luxemburger Regierungschef, Jean-Claude Juncker, trägt. Die wichtigsten Ergebnisse stellt der CDU-Europaabgeordnete Thomas Mann dar. Er gehört den Ausschüssen „Beschäftigung und Soziales“ sowie „Wirtschaft, Währung und Industriepolitik“ an:

Die Deutschen absolvierten erfolgreich die Gratwanderung zwischen dem Grundsatz der Hauptzuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit, europaweit gemeinsam gegen das unannehmbar hohe Niveau der Arbeitslosigkeit vorzugehen.

Handfeste Beschlüsse statt schöner Worte

Bereits im Vorfeld des Beschäftigungsgipfels hatte sich der EU-Ratspräsident und Christdemokrat Jean-Claude Juncker dafür eingesetzt, daß es zu keinem „Lyrik-Gipfel“ kommen dürfe. Es müsse gelingen, konkrete Beschlüsse zu verabschieden. In einer beispiellosen Fülle an Ortsterminen bei den Staats- und Regierungschefs erwies er sich als Europas „Minister für Beschäftigung“. Er erreichte die Verabschiedung von Leitlinien zur verstärkten Förderung von Beschäftigung, die durch Aktionsprogramme der Mitgliedstaaten ent-

wickelt und umgesetzt werden. Künftig sollen im Bereich der Beschäftigung mit der gleichen Intensität wie bei der Einhaltung der Konvergenzkriterien für den EURO vorgegangen werden. Gemeinsame quantitative und qualitative Ziele sollen regelmäßig überprüft und aktualisiert werden.

Trotz der vielen im Vorfeld des Gipfels publizierten sogenannten „Forderungskataloge“ kamen die Teilnehmer des Gipfels überein, das neue Beschäftigungskapitel im Vertrag von Amsterdam bereits vor den Ratifizierungen auf nationaler Ebene wirksam werden zu lassen.

Leitlinien, die in Aktionen umzusetzen sind

Zurecht pochte der Kanzler auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, das im Maastrichter Vertrag fest verankert ist. So bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Kompetenz der Mitgliedstaaten, die ihre eigenen Erfahrungen mit unterschiedlich strukturierten Zielgruppen und Regionen aufweisen. Der Mehrwert der europäischen Ebene entsteht dadurch, daß sie Koordinations- und Kooperationsaufgaben übernimmt, intensive Dialoge ermöglicht und Modellprojekte verwirklicht, von denen die Mitgliedstaaten gemeinsam lernen.

Controlling ohne Sanktionen

Einmal im Jahr müssen die Mitgliedstaaten im Rahmen eines europäischen Gipfels darstellen, inwieweit sie die Leitlinien er-

füllt haben. Ein Verfehlen wird zwar nicht bestraft, dennoch bleiben die beschäftigungspolitischen Leitlinien nicht unverbindlich. Statt auf das Instrument der Strafe setzte man in Luxemburg auf das Instrument der Gruppendynamik. Hauptantriebsfeder zur Erfüllung der Leitlinien sollen neben der öffentlichen Meinung des Heimatlandes das Engagement der Regierungen und die aktive Teilnahme der Sozialpartner sein. Jährlich entsteht ein Fortschrittsbericht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Niemandem würde das Eingeständnis leicht fallen, die gesteckten Ziele im eigenen Land nicht erreicht zu haben. Wie effizient das Instrument „Gruppendynamik“ ist, werden die kommenden Jahre zeigen.

Leitlinien zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit

Der Druck zur Einhaltung dieser Vereinbarungen wird als außerordentlich hoch bewertet, da es sich bei den Betroffenen um arbeitslose Jugendliche und um bereits seit langem Arbeitslose handelt. Um diese Wirkung wissend, lehnte die Bundesregierung die Festschreibung einer konkreten zeitlichen Perspektive für die Umsetzung der Leitlinien ab. Der Verlauf der Diskussion in Luxemburg machte die Festsetzung eines Fünf-Jahres-Zeitraums akzeptabel. Spätestens nach Ablauf dieser Zeit sollen die Mitgliedstaaten folgendes garantieren:

- Jugendliche unter 25 Jahren sollen, bevor sie sechs Monate arbeitslos sind, einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme erhalten.
- Erwachsene sollen, bevor sie ein Jahr beschäftigungslos sind, ebenfalls einen Arbeitsplatz oder eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme angeboten bekommen. Notfalls genügt auch eine qualifizierte Berufsberatung zur Erfüllung dieses Kriteriums.

Diese Maßnahmen sollen mit den Anstrengungen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen verbunden werden. Die Verpflichtungen lassen keine präzisen Voraussagen über ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte zu, so daß die Skepsis der Bundesregierung nachvollziehbar ist. Mit Blick auf die Nöte der Zielgruppen können jedoch die beschlossenen Regelungen zu einer besseren Vermittelbarkeit akzeptiert werden.

Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Vereinbart wurde auch, den Anteil der Arbeitslosen, die einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder eine andere aktive Fördermaßnahme erhalten, auf 20% festzulegen. Ursprünglich hatte die Luxemburger Präsidentschaft eine Richtgröße von 25% vorgeschlagen. Die vereinbarten 20% sind eine für die deutschen Verhältnisse vernünftige Größe.

Beschäftigungsinitiative durch Umschichtung bestehender Mittel

Der Versuch, besonders aus den Kreisen der Sozialisten, millionenschwere Beschäftigungsprogramme auf der europäischen Ebene zu schaffen, wurde abgewehrt. Erstens sind sie nicht finanzierbar, so daß den Bürgerinnen und Bürgern nur Sand in die Augen gestreut würde. Zweitens zeigt die Erfahrung bei uns in Deutschland, daß sie nur hohe Kosten verursachen und – als typische Strohoferprogramme – nur geringen Ertrag bringen.

Ein weiteres Aufblähen des Haushaltes der Europäischen Union wurde verhindert. Dennoch werden mehr Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stehen. Denn statt die Mitgliedstaaten zu zusätzlichen Zahlungen zu verpflichten,

wird das hierfür notwendige Geld durch Umschichtungen im EU-Haushalt gewonnen. Die Europäische Beschäftigungsinitiative geht auf eine Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat zurück und hat einen Umfang von ca. 900 Millionen Mark innerhalb von drei Jahren.

KMU werden europaweit gefördert

Auch der Schritt in die Selbständigkeit muß erleichtert werden. Staatlich verursachte Hindernisse bei der Gründung von Unternehmen müssen beseitigt werden. Auch hier wurde Europa konkret:

Vereinbart wurden zinsgünstige Darlehen, mit einem Gesamtvolumen von ca. 20 Mrd. DM. Damit soll die Europäische Investitionsbank kleine und mittelständische Unternehmen, neue Technologien und die transeuropäischen Netze fördern. Ein Investitionsvolumen von maximal 60 Mrd. DM kann erreicht werden.

Darüber hinaus sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, sich um eine Reduzierung der

Gemein- und Verwaltungskosten, insbesondere im Zusammenhang mit der Einstellung zusätzlicher Arbeitnehmer, zu bemühen.

Danke, Helmut Kohl!

Unmittelbar vor dem Beschäftigungsgipfel hatten die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament eine bundesweite Anzeigenkampagne gestartet, in der sie dem Bundeskanzler vorwarfen, den Luxemburger Gipfel zu blockieren: „Nachsitzen, Herr Kohl!“. Der Verlauf der Luxemburger Tagung macht es überdeutlich: Die deutschen Sozialdemokraten, die sich in der deutschen Politik der Blockade verschreiben – jeder kennt den Mißbrauch der Bundesrat-Mehrheit, um die dringend notwendigen Reformen der Bundesregierung zu verhindern – haben sich erneut getäuscht. Von Europas sozialdemokratischem Idol, Tony Blair, müssen sie sich sagen lassen, daß der Gipfel ein Erfolg war. Der Angriff gegen den Bundeskanzler ging also ins Leere, und es bleibt zu hoffen, daß die SPD-Europa-Abgeordneten in nächster Zeit Anzeigen schalten mit der Überschrift: „Danke, Herr Kohl!“

Nun kommt es doch zum TV-Duell zwischen Wulff und Schröder

Zu Schröders Zusage zum NDR-TV-Duell erklärte der Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, Hartwig Fischer:

Ich freue mich über diese ausgezeichnete Nachricht für alle Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen. Sie werden nun die Gelegenheit bekommen, sich ein eigenes Bild von den beiden Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zu machen. Die Zusage Schröders ist die Konsequenz seiner sprücheklopfenden Kraftmeierei. Er hat sich mit seiner ausweichen-

den Haltung in die Ecke manövriert, aus der er nun nicht mehr herauskonnte.

Er hat einsehen müssen, daß die Menschen in Niedersachsen kein Verständnis für sein arrogantes Verhalten gegenüber den Wählerinnen und Wählern, aber auch gegenüber Christian Wulff hatten. Jetzt wird Christian Wulff in der Diskussion Gerhard Schröder entzaubern. Es wird deutlich werden, daß sich Schröder von Anfang an um nichts anderes als um seine politische Karriere gekümmert hat.

Sonderbeitrag für Krankenhäuser:

Unverantwortlicher Boykott-Aufruf

Den Mitgliedern der Gesetzlichen Krankenkassen flattern zur Zeit Bescheide ins Haus, in denen sie aufgefordert werden, einen außerordentlichen Beitrag in Höhe von 20 Mark für 1997 zu bezahlen. Diese Zahlungen sollen auch 1998 und 1999 erfolgen. Mit diesem Geld sollen die Instandhaltungsaufwendungen in den Krankenhäusern der Länder finanziert werden.

Diese Maßnahme wurde notwendig, weil die Länder – bis auf Bayern – sich jahrelang geweigert haben, ihrer Verpflichtung zur Finanzierung der Instandhaltungskosten für Krankenhäuser nachzukommen. Die Folge für die Krankenhäuser ist katastrophal: Viele Instandhaltungen wurden zurückgestellt. Verrottete Dächer wurden nicht saniert, verfaulende Fensterrahmen nicht ersetzt, veraltete Heizungsanlagen nicht renoviert, tropfende Wasserhähne nicht ersetzt. Dies ist aus Sicherheitsgründen nicht mehr länger hinzunehmen. Nach Schätzungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft haben sich die notwendigen baulichen Instandhaltungsaufwendungen auf 3,5 Milliarden Mark aufgestaut.

Die jetzt beschlossene Lösung ist eine Maßnahme zur Schadensbegrenzung. Zwar hatte die Bundesregierung bereits 1993 und 1995 Gesetzentwürfe vorgelegt, mit denen rechtliche Klarheit geschaffen werden sollte. Beide Gesetzentwürfe wurden jedoch vom Bundesrat abgelehnt.

Mit dem jetzt von den GKV-Versicherten drei Jahre lang einmal jährlich zu zahlenden Betrag von 20 Mark fließt den Krankenhäusern jeweils rund eine Milliarde Mark in den Jahren 1997, 1998 und 1999 zweckgebunden für Instandhaltungsaufwendungen zu. Möglich wird dies durch einen Zuschlag auf die Pflegesätze in Höhe von 1,1 Prozent bei allen Krankenhäusern. Diese erhöhten Pflegesätze werden allen

Horst Seehofer: Boykottaufrufe sind unverantwortlich. Schließlich geht es um die Qualität und Sicherheit in den Krankenhäusern, und das ist ein Kernbereich der medizinischen Versorgung.

Krankenkassen sowie auch den in der privaten Krankenversicherung Versicherten in Rechnung gestellt. Damit ist sichergestellt, daß auch die Privatversicherten sowie die Beamten die Mehrkosten für die Krankenhäuser mittragen, und zwar über erhöhte Beiträge, weil die PKV-Unternehmen über die Finanzierung ihres Anteils im Rahmen ihrer Prämiengestaltung entscheiden.

Von der Zahlung befreit sind mitversicherte Familienangehörige und Geringverdienende, die unter die Sozialklausel fallen. Ebenfalls nicht zahlen müssen Versicherte in Bayern, da Bayern als einziges Land seiner Verantwortung für die Krankenhäuser stets nachgekommen ist.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Schröder = Sprüche statt Taten

Beispiel Arbeit und Soziales

Im Landtagswahlkampf 1994 trat die SPD mit dem Anspruch auf, nur soziale Politik mache die Wirtschaft stark. In einem Flugblatt hieß es, an der sozialen Gerechtigkeit ließe die SPD nicht rütteln. Wie sozial ist nun die Politik Gerhard Schröders in Niedersachsen wirklich?

Wie bei „Innerer Sicherheit“ und „Wirtschaft“ klaffen auch im Bereich „Soziales“ breite Gräben zwischen Schröders Versprechen und seiner Politik in Niedersachsen:

Der Sozialhaushalt wird zum finanzpolitischen Steinbruch

Der Sozialhaushalt von 1994 betrug 5,39 Milliarden DM. Schröder senkte ihn 1997 auf 4,77 Milliarden DM. Der Anteil der Sozialausgaben sank im Vergleich zu 1994 von 13,9% auf 12% im Jahre 1997.

Streichorgie im niedersächsischen Sozialhaushalt

- Erholungsmaßnahmen für Schwerbehinderte - 1997 gestrichen!
- Betrag für die Altenheimstiftung - 1997 gestrichen!
- Betrag für die Ausstattung von Behindertenheimen - 1997 gestrichen!
- Betrag für Sozialstationen - 1997 gestrichen!
- Hilfe zu Einrichtungen und Maßnahmen für Senioren 1997 gestrichen!
- Streichung der Erholungsmaßnahmen für Behinderte - 1997 gestrichen!
- Programm zur Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern - 1996 eingestellt!

- Programm Jugend-Arbeit-Chance: für das Jahr - 1998 gestrichen!
- Kürzung bei den Selbsthilfegruppen: 1,907 Mio. DM (1995)
1,572 Mio. DM (1997)
- Halbierung der Finanzmittel für Schuldnerberatung: 1,32 Mio. DM (1994)
0,7 Mio. DM (1997)
- Kürzung bei der Aids-Bekämpfung: 3,7 Mio. DM (1994)
3,1 Mio. DM (1997)
- Kürzung bei der Suchtbekämpfung: 17,9 Mio. DM (1995)
16,8 Mio. DM (1997)
- Kürzung des Landesblindengeldes um 10 %, d. h. um 15 Mio. DM.

Mangelnde Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen

Zwischen 1990 und 1996 sanken die Landesmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von 52,270 Mio. DM auf 35,660 Mio. DM. Nur ganze 92 DM pro Arbeitslosen betragen 1996 die Eigenmittel des Landes Niedersachsen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – und das bei der zweithöchsten Arbeitslosenquote unter den westdeutschen Flächenländern. Zum Vergleich: Der Länderdurchschnitt lag bei 450 DM.

Vernichtendes Urteil des DGB und DBB

Der DGB in Niedersachsen kritisierte bereits im Sommer 1995 die Landesregierung mit der Festellung, „daß der Stellenwert von Arbeitsmarktfragen in der niedersächsischen Politik sehr gering ist“ (Rundblick, 18. 7. 1995) Zwei Jahre fällt

die Kritik des niedersächsischen DGB nicht weniger heftig aus. Der DGB-Landesvorsitzende in Niedersachsen, Heinz-Hermann Witte erklärte offen, „was Ministerpräsident Gerhard Schröder unter moderner Wirtschaftspolitik verstehe, sei ihm bis heute nicht klar. In Niedersachsen sei sie jedenfalls nicht durchgesetzt“. (Hannoversche Neue Presse, 12. 11. 1997)

Kritisiert wurde vom DGB besonders, daß

- ein Bündnis für Arbeit auf Landesebene gescheitert sei,
- es an der Koordinierung der Ministerien bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mangle und
- das Land massiv Ausbildungsplätze streiche.

Alein im gehobenen Dienst wurden an den vier Bezirksregierungen des Landes die Ausbildungsplätze seit 1994 von 63 auf 25 reduziert. Der Landesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Niedersachsen, Roland Neßler, beschwerte sich in einem Brief an Schröder: „Unsere Erfahrungen mit dem größten Arbeitgeber im Land, dem Staat, sind allerdings bei den dort seit Jahren erschreckend abnehmenden Ausbildungsplatzkapazitäten deprimierend.“ (Bild, 14. 10. 1997)

Im Land Niedersachsen gibt es alle Chancen zur politischen Gestaltung, mag die Passivität der Landesregierung auch einen gegenteiligen Eindruck vermitteln. Allerdings bedarf es dazu eines neuen Denkens und neuen Handelns, wie es Christian Wulff verkörpert. Bestes Beispiel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: das Konzept eines „Zukunftsfonds Niedersachsen“

der CDU. Aus dessen Erträgen sollen nach dem Vorbild Bayerns in strukturschwachen Regionen zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften abgestimmte Arbeitsmarktprojekte finanziell unterstützt werden.

Fazit: Schon im September 1995 mußte Schröder vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Niedersachsen ein vernichtendes Urteil über seine Politik hinnehmen: „Planvolles und verlässliches Handeln ist nicht mehr feststellbar. [. . .] Die Landesregierung verabschiedet sich als politisch gestaltende Kraft.“ (4. Verbandstag des Paritätischen Niedersachsen, 28. 9. 1995) Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Gerhard Schröder ist nicht der Motor, sondern die personifizierte Wegfahrsperr in der niedersächsischen Landespolitik.

Der Mann, der gerne das Wort von der sozialen Gerechtigkeit im Munde führt, betreibt in Niedersachsen nichts anderes als Sozialabbau. Gerhard Schröder ist es aber auch, der seit 1990 die niedersächsische Verwaltung um 9.700 Stellen aufgebläht hat. Für mehr Bürokratie hat er Geld, für bedürftige Menschen nicht. Die Opfer dieser sozialen Demontage: Behinderte und alte Menschen. So sieht die Sozialpolitik Gerhard Schröders wirklich aus:

Zwischen Seniorenheim und Sozialstation pendelt der Rotstift, zwischen Aufsichtsrat und Opernball der Dienstwagen des Ministerpräsidenten.

Bundestag will 1999 volle Arbeit in Berlin aufnehmen

Der Bundestag will unmittelbar nach der Sommerpause 1999 in Berlin „seine volle parlamentarische Arbeit“ aufnehmen. Einer entsprechenden Beschlußempfehlung des Ältestenrates stimmte das Parlament am 25. November in Bonn zu.

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Aktionspartnerschaft für Deutschlands Hochschulen

Die Studenten haben gute Gründe für ihre Proteste. Ich kann es nachvollziehen, daß sie ihrem Unmut laut Luft machen. Es fehlt an wichtigen Büchern, die Hörsäle sind überfüllt, vor den Sprechzimmern der Professoren bilden sich Schlangen. Trotzdem zeigen die Studenten immer noch gute Leistungen. Auch die Dozenten an unseren Unis machen in diesen schwierigen Zeiten einen guten Job.

Die Studenten von heute sind nicht von gestern. Mit '68er-Parolen und Systemveränderung kann man sie nicht vom Hocker reißen. Die Studenten wollen Leistung bringen, sie wollen zügig fertig werden und schon während des Studiums Berufserfahrung sammeln, die ihnen den Einstieg in das Leben nach der Uni erleichtert. Sie wollen Professoren, die Zeit für sie haben, eine bessere Examenbetreuung, gutausgestattete Bibliotheken und einen Sitzplatz in der Vorlesung. Das sind handfeste Forderungen, die sich nicht einfach vom Tisch wischen lassen.

Die Gesellschaft hat sich zu lange zu wenig um die Hochschulen gekümmert. Jetzt ist nicht die Zeit für politische Rituale und wechselseitige Schuldzuweisungen. Was not tut, ist eine Aktionspartnerschaft von Bund, Ländern und Hochschulen, von Wirtschaft und engagierten Bürgern. Was zu tun ist, ist klar. Jeder muß sich Anstrengungen zumuten und Neues zutrauen, Bund und Länder, Professoren und Studenten, Wirtschaft und Gesellschaft.

1. Keine Kürzungen

Bund und Länder sind in einer schwierigen finanziellen Lage. Wer jetzt den großen Geldsegen verspricht, macht den Studenten etwas vor. Aber: Kürzungen dürfen nicht in Frage kommen. Die Studentenzahlen werden auch in den nächsten Jahren weiter steigen. Die Kultusminister rechnen damit, daß wir in wenigen Jahren 2,3 Millionen Studenten in Deutschland haben. Gleichzeitig wollen wir die Qualität verbessern. Das ist nicht ohne finanzielle Anstrengungen machbar.

Wir haben in dieser Legislaturperiode schon viel getan:

- Wir haben das Hochschulbauförderungsgesetz novelliert und damit neue Finanzierungsspielräume und -instrumente für den Hochschulbau geschaffen. Mit dem Optionsleasing konnte im Frühjahr kurzfristig sogar noch ein zusätzliches Baupotential von bis zu 2,5 Milliarden Mark erschlossen werden. Die Länder haben im 27. Hochschulbau-Rahmenplan, der gerade verabschiedet worden ist, von der neuen Möglichkeit bereits regen Gebrauch gemacht und insgesamt 33 Bauvorhaben angemeldet. Dahinter steht ein Baukostenvolumen von knapp 1,7 Milliarden DM.
- Wir haben uns auf ein neues Hochschulsonderprogramm III verständigt, das den Hochschulen bis zum Jahr 2000 insgesamt 3,6 Milliarden DM zur Verfügung stellt, davon allein 340 Millionen Mark für einen Ausbau der Studienberatung und Tutorien mit dem Ziel einer besseren Betreuung der Studierenden.

2. Keine Rücknahme der Hochschulöffnung

Es gibt in Deutschland nicht zu viele Studenten. In der kommenden Wissensgesellschaft können wir nicht genug gutausgebildete junge Menschen haben.

3. Freiheit für die Hochschulen

Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz (HRG) schaffen Bund und Länder mehr Freiraum für neue und eigene Wege der Hochschulen. Wir haben einen ehrgeizigen Zeitplan: Das HRG soll zum 1. April 1998 in Kraft treten. Die Proteste der Studenten sind ein Auftrag an alle, diesen Zeitplan einzuhalten. Entscheidend ist, daß die Länder nach der HRG-Reform den neuen Freiraum schnell und ungeschmälert an die Hochschulen weitergeben.

4. Abschied von der Einheitsuni

Die Hochschullandschaft Deutschlands war nie so homogen, wie sie in manchen Festreden beschrieben wird. Wir müssen uns gedanklich von der Einheitsuni verabschieden. Ich sage: Laßt viele Blumen blühen. Unterschiedliche Schwerpunktbildung, verschiedene Profile und regionale Differenzierungen sind notwendig. Es können nicht länger alle Hochschulen alles bieten. Die auf Humboldt zurückgehende Idee der Einheitsuniversität hat sich überlebt.

5. Dienstrecht ändern

Ich bin dafür, daß Bund und Länder das Dienstrecht für die Professoren und Dozenten ändern. Vorschläge für eine stärker leistungsorientierte Besoldung werden bereits vorbereitet.

6. Qualitätskontrolle von unten

Das neue HRG gibt den Studenten bessere Chancen, die Situation der Lehre an ihren Hochschulen mitzubestimmen.

● Es wird eine systematische Evaluation von Forschung und Lehre geben. Die Studierenden werden an der Evaluation der Lehre beteiligt.

● Die Studienberatungspflicht der Hochschulen wird verstärkt.

● Wir führen eine Leistungsquote bei der Studienplatzvergabe für bis zu 25 Prozent der Studienplätze im Ortsverteilungsverfahren der ZVS ein.

● Der sogenannte „Freischuß“ wird in allen geeigneten Studiengängen eingeführt. Dadurch lassen sich nachweislich die Studienzeiten verkürzen.

● Die pädagogische Eignung wird zu einer unbedingten Einstellungsvoraussetzung für Professoren gemacht.

● Es wird ein Leistungspunktesystem geschaffen, das die internationale Mobilität der Studierenden und Absolventen unterstützt.

7. Neue Bildungsziele

Die meisten Hochschulabsolventen wollen nach dem Studium zügig ins Berufsleben starten. Das ist gut so. Aber: Fast 50 Prozent aller Hochschulabsolventen in Deutschland sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. Nur 15 Prozent machen sich selbständig. Anders in den Vereinigten Staaten: Dort gründen die Besten mit ihren Ideen ein eigenes Unternehmen. Wir brauchen in Deutschland mehr Mut zur Selbständigkeit. Das sollte auch fester Bestandteil der Lehrpläne an den Unis sein. Gründerseminare und Lehrstühle für Unternehmertum könnten hier in den Köpfen einiges verändern.

8. BAföG-Reform

Die Freibeträge beim BAföG sind schrittweise um insgesamt 7 Prozent und die Bedarfssätze um 4 Prozent erhöht worden. Neben dem Kindergeld und dem Meister-BAföG war die Bundesausbildungsförderung der einzige Bereich, in dem in dieser

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Entschlossen für Demokratie, Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft

Der Innenpolitiker Konrad Adenauer
18. bis 21. Januar 1998

Themenschwerpunkte:

● „Die Oberbürgermeister des heutigen Deutschland sind die Könige der Gegenwart“ – Konrad Adenauers innenpolitische Ideen, Erfahrungen, Chancen und Entscheidungen 1917 bis 1933

● „Heroismus ist nicht alltäglich“ – „Vergangenheitsbewältigung“, „Entnazifizierung“, „Wiedergutmachung“ – Konrad Adenauer und das neu zu schaffende demokratische Deutschland

● „Verantwortung für Deutschland“ – Konrad Adenauer als Oberbürgermeister, Parteiführer und Bundeskanzler

● Konrad Adenauer trifft Ludwig Erhard – Das Bündnis für eine Soziale Marktwirtschaft

● Entschlossen „gegen Rechtsradikalismus und Linksradikalismus“ – Der Innenpolitiker Konrad Adenauer

● Adenauers sozialpolitische Ideen, Konzepte und Entscheidungen

● Das „C“ im Parteinamen von CDU und CSU – Konrad Adenauer, die Kirchen und die Bedeutung von Politik aus christlicher Verantwortung für den Wertekonsens in der Bundesrepublik Deutschland

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 13 31
50387 Wesseling
Fax-Nr.: 0 22 36/7 07-2 30

Legislaturperiode eine gesetzliche Leistung erhöht wurde. Ich sage klipp und klar: Ich will eine BAföG-Reform. Darüber laufen zur Zeit die Gespräche zwischen Bund und Ländern.

9. Mobilität bei der Studienplatzwahl

Gute Hochschulen gibt es in ganz Deutschland. Die 53 Hochschulen in den neuen Ländern brauchen den Vergleich mit denen in Westdeutschland in keiner Weise zu scheuen. Wir konnten die deutsche Einheit im Bereich der Hochschulen so zügig und konsequent wie in wenigen anderen Bereichen herstellen. In den neuen Ländern wurde in kurzer Zeit eine moderne Hochschullandschaft auf internationalem Niveau geschaffen.

10. Neues Bürgerengagement für die Hochschulen

Die Öffentlichkeit hat noch gar nicht gemerkt, was alles an den Hochschulen in Bewegung ist, Studenteninitiativen, internationale Studiengänge, neue Organisationsformen, höhere Effizienz bei der Mittelvergabe, bessere Vermarktung von Forschungsergebnissen.

Es gibt viele, die lamentieren. Wir brauchen aber mehr Menschen, die anpacken. Das gilt auch für die Wirtschaft: Sie erwartet viel von den Hochschulen. Deshalb müssen die Unternehmen ihr Engagement für die Hochschulen weiter ausbauen, zum Beispiel durch die Finanzierung gemeinsamer Projekte, Stiftungslehrstühle, public-private-partnership.

Kein radikaler Kurswechsel in der Agrarpolitik

Anläßlich des Agrarkongresses der CDU am 20. November in Osnabrück Erklärungen von Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert, der stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden, Bundesumweltministerin Angela Merkel, und des Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Christian Wulff:

„An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht die europäische und mit ihr die deutsche Agrarpolitik vor grundlegenden Entscheidungen. Anlaß sind die Beitrittsanträge der mittel- und osteuropäischen Länder zur Europäischen Union und die bevorstehende Welthandelskonferenz“, erklärte Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert. Im Mittelpunkt der Diskussion stehe dabei die von der EG-Kommission vorgelegte AGENDA 2000. „Deren agrarpolitischer Ansatz – Senkung der Interventionspreise bei Rindfleisch um 30 Prozent, bei Getreide um 20 und bei Milch um 10 Prozent mit nur teilweise Ausgleich der Einbußen – ist für mich nicht annehmbar, weil er“ – so Jochen Borchert – „u. a.

- die Landwirte fast ausschließlich von direkten staatlichen Einkommenszahlungen abhängig macht und unternehmerische Perspektiven im Keim erstickt,
- zu teilweise drastischen Einkommensminderungen führt und die deutschen Landwirte z. B. durch die Streichung der Silomaisprämie einseitig benachteiligt,
- eine eigenständige Politik für den ländlichen Raum aufgibt sowie
- den EU-Agrarhaushalt um weitere acht Milliarden Mark aufbläht und darüber hinaus die deutsche Nettozahlerposition um

knapp 800 Millionen Mark verschlechtert.“ Nach Ansicht des Bundeslandwirtschaftsministers führe dies dazu, daß unsere Landwirtschaft in weiten Teilen noch stärker dem Wettbewerbsdruck der kostengünstiger produzierenden Anbieter außerhalb der Europäischen Union ausgesetzt wird. Dieser Weg gefährde eine flächendeckende Landbewirtschaftung und damit nicht nur unsere hohen Produktionsstan-

Intakte Umwelt als Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Land- und Forstwirtschaft – Entwicklung ländlicher Räume hat höchste Priorität.

dards bei Nahrungsmitteln, sondern auch die wirtschaftliche Sicherung der ländlichen Räume und die Erhaltung und Pflege unserer Kulturlandschaft.

Jochen Borchert: „Mein agrarpolitisches Leitbild ist und bleibt dagegen eine leistungs- und wettbewerbsfähige, marktorientierte und umweltverträgliche bäuerliche Landwirtschaft. Auf dem Weg dorthin haben wir bereits viel erreicht. Mit der Agrarreform von 1992 haben wir uns an den Märkten orientiert. Butter- und Getreideberge oder Milchseen gehören der Vergangenheit an. Die Einkommen im Marktfruchtbau haben sich positiv entwickelt. Subventionierte Überschüsse sind massiv reduziert worden. Wir brauchen also keinen radikalen Kurswechsel in der Agrarpolitik. Wir wollen sie behutsam weiterentwickeln.“ Folgende Prinzipien seien dafür, so der Minister, ausschlaggebend:

1. Langfristig können die Landwirte ihre multifunktionalen Aufgaben nur dann erfüllen, wenn sie ihr Einkommen überwiegend durch Markterlöse erzielen.

2. Die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft für unsere Bevölkerung muß international über einen ausreichenden Außenschutz abgesichert werden.

3. Unsere hohen Umwelt-, Qualitäts- und Hygienestandards müssen in den Welthandelsverhandlungen durchgesetzt werden, damit es nicht zur wettbewerbsverzerrenden Einfuhr von Agrarprodukten (z. B. Hormonfleisch) kommt, die unsere Verbraucher nicht wünschen.

Erfolgreiche Reform 1992

4. Die Agrarreform von 1992 war erfolgreich. Sie muß behutsam weiterentwickelt werden: Maßnahmen zur Beschränkung der Rindfleischintervention und zur Marktstabilisierung sind dringend erforderlich, dürfen aber unsere intensive Bullenmast nicht einseitig benachteiligen. Unvermeidliche Senkungen der Stützpreise bei Rindfleisch sind nur bei vollem Ausgleich akzeptabel.

5. Die Milchquotenregelung muß verlängert und so ausgestaltet werden, daß sie die Überschüsse wirksam beseitigt, die Preise stabilisiert und damit auch den Landwirten in den benachteiligten Regionen eine wirtschaftliche Basis sichert.

6. Der ländliche Raum ist auch weiterhin auf eine eigenständige Strukturförderung angewiesen, um die flächendeckende Landbewirtschaftung und die wirtschaftliche Aktivität in den benachteiligten Regionen zu erhalten.

Auf die große Bedeutung einer intakten Umwelt für den wirtschaftlichen Erfolg der Land- und Forstwirtschaft verweist Bundesumweltministerin **Angela Merkel**: „Land- und Forstwirte bewirtschaften den größten Teil der Fläche Deutschlands. Ein wirksamer Umwelt- und Naturschutz ist deshalb nur mit ihnen und nicht gegen sie möglich. Umgekehrt ist eine intakte Umwelt die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Land- und Forstwirtschaft.“

Die von der Bundesregierung vorgelegten Entwürfe zum Bundesnaturschutz- und Bundesbodenschutzgesetz tragen diesem Leitgedanken Rechnung. Es sei deshalb bedauerlich, daß die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes vor allem an der Weigerung der SPD-geführten Länder zu scheitern drohe, den Land- und Forstwirten für notwendige Nutzungsbeschränkungen einen finanziellen Ausgleich gesetzlich zuzusichern, so die Bundesumweltministerin. „Eini-gungschancen bestehen dagegen bei der Verabschiedung des Bundesbodenschutzgesetzes. Wie für keinen anderen Wirtschaftszweig bildet der Boden für die Landwirtschaft die Produktions- und Existenzgrundlage. Die Verminderung der Schadstoffeinträge in den Boden sowie die Erhaltung einer günstigen Bodenstruktur und Bodenfruchtbarkeit liegen gleichermaßen im Interesse der Landwirtschaft wie auch des Umweltschutzes.“

Vor allem in zwei Punkten werde, so Angela Merkel weiter, das Gesetz Rechtsklarheit für die Landwirtschaft schaffen: „Es legt ausdrücklich fest, daß die speziellen Regelungen für das Aufbringen von Stoffen im Rahmen einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft wie bisher dem Bodenschutzrecht vorgehen. Zudem enthält das Gesetz eine Ausgleichsregelung für den Fall, daß bei bestehenden Bodenbelastungen Einschränkungen der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung anzuordnen sind.“

Um umweltpolitische Ziele mit so wenig Verwaltungsaufwand wie möglich zu erreichen, hat die Bundesregierung schon 1996 die berechtigten Forderungen der Landwirte in Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz aufgegriffen. Bei der Novelle zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) konnten neben bestimmten Industrieanlagen auch landwirtschaftliche Einrichtungen zur Aufzucht von Geflügel oder von Schweinen von der Genehmigungspflicht befreit werden. Bundesumweltministerin Angela Merkel: „Mit dieser rechtlichen Änderung haben wir vor allem eine Angleichung der Genehmigungspraxis an andere EU-Staaten erreicht und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern gestärkt.“

Thema höchster Priorität

Den hohen Stellenwert ländlicher Räume für Politik und Wirtschaft unterstreicht der Landesvorsitzende der CDU Niedersachsen, **Christian Wulff**: „Die Strukturveränderungen und die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft dürfen die ländlichen Räume nicht zum Verlierer machen, in denen immerhin mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Bundesrepublik lebt. Politik und Wirtschaft müssen die problematischen Auswirkungen dieser Entwicklung zu einem Thema höchster Priorität machen.“ Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen sei dabei vordringlichste Aufgabe. Der Abwanderung insbesondere junger Menschen und dem ständigen Verlust von Infrastruktureinrichtungen, von Einkaufsmöglichkeiten, Post, Banken, Verwaltungsschulen, Arzt, Polizei usw. müsse entschiedener als bisher entgegen gewirkt werden. Ein „Ausbluten“ abgelegener Dörfer müsse verhindert werden, appellierte Wulff.

Die immer wieder erhobene Forderung bei finanziellen Zuweisungen, die Ballungs-

gebiete zu begünstigen, sei nicht gerechtfertigt. Christian Wulff: „Wir müssen hier vielmehr alle Fördermechanismen gezielt zur Problembewältigung einsetzen. Regionale Zusammenschlüsse auf landkreisübergreifender Ebene können hier weiterhelfen, wenn gemeinsam mit den Fachministerien konkrete Lösungsmöglichkeiten zur Stärkung der Regionen erarbeitet werden. Strukturpolitik, Förderprogramme und Marktmechanismen allein reichen aber nicht aus.“

Viele gute Beispiele

„Ohne Eigenverantwortung und Eigeninitiative vor Ort läuft nichts. Wir brauchen eine eigenständige Regionalentwicklung, die darauf ausgerichtet ist, Tätigkeitsfelder durch die kreative Nutzung der heimatischen Ressourcen zu erschließen.“ Hier gebe es schon eine Menge guter Beispiele wie die „Landfrauen-Service-Börsen“, die u. a. soziale, hauswirtschaftliche und pflegerische Dienstleistungen anbieten. Die Initiativen reichten vom Angebot eines Mittagstisches für Senioren bis zum betreuten Wohnen. Auch die Telekommunikation könne gerade kleinen und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum Chancen eröffnen. „Die globalen Datenetze bieten die Möglichkeit, Produkte und Dienstleistungen weltweit anzubieten und einzukaufen. Damit können andere Standortnachteile ausgeglichen werden.“

Unser erklärtes Ziel

„Die Union wird sich für ihr erklärtes Ziel noch intensiver als bisher einsetzen, daß die ländlichen Räume auch in Zukunft lebensfähig und lebenswert bleiben. Der ländliche Raum steht selbständig und gleichrangig neben den Ballungsgebieten und verdient in der öffentlichen Diskussion eine größere Aufmerksamkeit“, erklärte Wulff abschließend. ■

Aktives vielfältiges Engagement mit praktischen Beispielen veranschaulicht

Der Vorsitzende des Arbeitskreises „Ehrenamt“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, und sein Stellvertreter, Wolfgang Börnsen, haben dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, das 1. Exemplar der Fraktionsbroschüre zum Thema „Ehrenamt“ überreicht. Sie ist Ausdruck einer intensiven Beschäftigung mit dem breitgefächerten ehrenamtlichen Engagement in unserem Lande.

Ehrenamtliche sollen zur weiteren Mitarbeit ermutigt und noch Abseitsstehende durch angeführte Beispiele ehrenamtlichen Engagements zur Mitarbeit gewonnen werden. Nicht zuschauen, sondern mitmachen, muß unsere Devise sein.

Die Beiträge der Abgeordneten des Deutschen Bundestages dokumentieren eindrucksvoll, in welcher Breite ehrenamtliches Engagement möglich ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die einzige Fraktion des Deutschen Bundestages, die sich mit diesem Thema ernsthaft und dauerhaft auseinandersetzt. Sie hat dafür eigens einen Arbeitskreis eingesetzt, der in 7 Anhörungen über 60 Organisationen, Verbände, Vereine, Agenturen und Institutionen angehört hat. Das Ergebnis war: Unsere Gesellschaft ist so gut, wie sie mit ihren Ehrenamtlichen umgeht. Dabei wurden durchaus Defizite festgestellt. Doch war man einhellig der Auffassung, daß es bei der Stärkung des Ehrenamtes nicht um materielle Zuwendungen oder Vergünstigungen gehen kann, sondern um eine stärkere Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit durch die öffentliche Seite, vor allem aber um die stille Anerkennung für die täglich geleistete Arbeit.

Unsere Gesellschaft lebt von den über 12 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die

sich für andere unentgeltlich und uneigennützig einsetzen, die nicht nach dem Warum fragen, sondern ihre ehrenamtliche Tätigkeit als Teil ihres Lebens begreifen. Viele Menschen stehen noch abseits, sie wollen und müssen noch angesprochen werden, um aktiv ehrenamtlich tätig zu werden. Die Freiwilligenagenturen und die von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Claudia Nolte, ins Leben gerufene Stiftung „Bürger für Bürger“ sind Ansatzpunkte, um vorhandene Bereitschaft für ehrenamtliche Mitarbeit zu fördern.

Die Broschüre kann, solange der Vorrat reicht, in der Pressestelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestellt werden:

Fax 02 28/1 64 66 49.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage zur ehrenamtlichen Tätigkeit in unserem Lande durch die Koalitionsfraktionen geht über statistisches Datenmaterial hinaus auch auf Fragestellungen des neuen ehrenamtlichen Engagements ein; sie zeigt, auf welche Art und Weise der Staat ehrenamtliche Arbeit unterstützt, setzt sich mit Formen der Anerkennung auseinander und stellt Vergleiche mit anderen europäischen Ländern her.

Diese Broschüre ist die erste ihrer Art, die aktives vielfältiges Engagement an praktischen Beispielen erfaßt und die Situation ehrenamtlicher Tätigkeit in unserem Lande umfassend darstellt. Sie kann bei den jeweiligen Wahlkreisabgeordneten angefordert werden.

Zum Tag des Ehrenamts am 5. Dezember:

Mehr Anerkennung für das Ehrenamt

Am 5. Dezember, dem Tag des Ehrenamts, werden viele Verbände und Organisationen in Aktionen und Veranstaltungen auf die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements aufmerksam machen. Die Idee, jährlich am 5. Dezember den „International Volunteer Day for Economic and Social Development“ zu begehen, geht auf eine UN-Resolution aus dem Jahre 1985 zurück.

Im letzten Jahr wurde der Tag in Deutschland erstmals bundesweit begangen. An diesem Tag wurde im Deutschen Bundestag die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion zur „Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“ (Bundestags-Drucksache 13/5674) beraten. Ehrenamtliche Arbeit muß Anerkennung finden! so das Fazit der Antwort auf die Große Anfrage.

Um das Ehrenamt zu stärken, wurde die Stiftung „Bürger für Bürger“ gegründet. Sie ist Trägerin der Nationalen Freiwilligenagentur, die in Zukunft Ansprechpartnerin, Beratungs- und Kooperationsstelle für alle Facetten des Ehrenamtes sein möchte und die am 5. Dezember in Berlin eröffnet wird. Mit der Stiftung wurde eine Einrichtung geschaffen, die in anderen Staaten, die nicht über die gleichen Wohlfahrtsstrukturen wie Deutschland verfügen, bereits existieren. So wurde in den USA unter der Präsidentschaft von George Bush die Point of Lights Foundation ins Leben gerufen, welche die Arbeit



von Freiwilligen unterstützt. George Bush, der anlässlich des Tages der deutschen Einheit Deutschland besuchte, traf am 4. Oktober auch mit Bundesministerin Claudia Nolte zu einem Gespräch und zu gegenseitigem Informationsaustausch über ehrenamtliches Engagement zusammen. Die Stiftung „Bürger für Bürger“ hat Informationsmaterial zum Thema Ehrenamt und Vorschläge für Höreraktionen sowie eine CD mit mehreren Hörfunkbeiträgen erarbeitet, die bei der Stiftung unter der Rufnummer: **0 30/2 06 55-49 01** angefordert werden können.

Ehrenamt in Deutschland

Ehrenamtliches Engagement ist in Deutschland stark verbreitet. Etwa 12 Mio. Deutsche, das sind ca. 17 Prozent der Bevölkerung, üben ein Ehrenamt aus. Im Vergleich zu den frühen 60er Jahren, als etwa 2,5 Mio. in Westdeutschland ehrenamtlich tätig waren, hat sich die Zahl nahezu verfünffacht. Mit knapp 20 Prozent liegt der Beteiligungsgrad im früheren Bundesgebiet (knapp 11 Millionen Personen) mehr als doppelt so hoch wie in den neuen Bundesländern mit 9 Prozent (gut 1 Million Personen). Die Beteiligung an ehrenamtlicher Arbeit erreicht ihre maximale Ausprägung mit 23 Prozent in der Altersklasse der 40 bis 50 Jährigen; sie nimmt danach zunächst leicht und erst bei den über 70jährigen auf 16 Prozent ab. Bei den Männern sind es ebenfalls die 40 bis 50jährigen, die sich mit 23 Prozent am stärksten ehrenamtlich beteiligen, bei den Frauen ist der höchste Beteiligungsgrad erst bei den 60 bis 70jährigen erreicht. (Die Angaben basieren auf der sogenannten Zeitbudgetstudie, einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes, die 1991/92 im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Familie und Senioren erstellt wurde.)

Die Bürgerinnen und Bürger, die ehrenamtlich tätig sind, leisten wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft. Unser Sozialsystem wäre ohne die Vielzahl von Verbänden, Vereinen, Parteien, Selbsthilfegruppen, Parteien und die Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich freiwillig für andere engagieren, überhaupt nicht denkbar. Ehrenamtlich Tätige leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration vieler Menschen bzw. Bevölkerungsgruppen. In der Ausländer- und Aussiedlerarbeit, den unterschiedlichsten Organisationen für ältere Menschen und den Interessenvertretungen Behinderter ist beispielsweise ehrenamtliches Engagement unverzichtbar.

Freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit beschränkt sich nicht auf soziale Aufgaben, sondern umfaßt nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche: Politik, Kultur, Justiz, Freizeit, Jugendarbeit, Sport, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gesundheit und Sozialwesen, Katastrophenschutz und Rettungswesen, Freiwillige Feuerwehren, Arbeitsschutz, Tarifparteien in der Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt- und Naturschutz etc. Durch freiwillige Arbeit in Vereinen, Organisationen und Initiativen erlernen und praktizieren Menschen Gemeinschaftsempfinden, Fairneß, Toleranzwerte, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft unerlässlich sind.

Trotz der insgesamt beachtlich hohen Zahl ehrenamtlich Tätiger klagen insbesondere traditionelle Organisationen in den letzten Jahren über ein Nachlassen ehrenamtlichen Engagements.

Dagegen wächst der Zuspruch gegenüber Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen. Ein Akzeptanzproblem für traditionelle Organisationen ergibt sich durch die Professionalisierung vieler Aufgaben und das Verhältnis hauptamtlich und ehrenamtlich tätiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hinzu kommt eine veränderte Einstellung zum Ehrenamt. Über das breit gefächerte traditionelle Ehrenamt hinaus suchen viele eine Betätigung, ohne sich gleich fest an einen Verband zu binden. Zeitlich begrenztes und projektbezogenes freiwilliges Engagement gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Die Stiftung Bürger für Bürger

Um das Ehrenamt in Deutschland zu stärken, haben prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf Initiative von Bundesfamilienministerin Claudia Nolte in Bonn die privatrechtliche Stiftung Bürger für Bürger ins Leben gerufen. Gründungsmitglieder sind der Präsident des Deutschen Fußballbundes, Egidius Braun, die Sportlerin Marianne Buggenhagen, der

Moderator Peter Hahne, Bundesministerin Claudia Nolte, die ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages und Präsidentin des Arbeiter-Samariter-Bundes, Dr. h. c. Annemarie Renger, der Bundestagsabgeordnete Klaus Riegert, die Vizepräsidentin des Malteser Hilfsdienstes, Elisabeth Freifrau Spieß von Bülllesheim, die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Dr. Ursula Sottong, und der Moderator Ulrich Wickert. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat einen ganz wesentlichen Teil des Stiftungsvermögens zur Verfügung gestellt. Die Schirmherrschaft der Stiftung hat Bundespräsident Roman Herzog übernommen. Zur Kuratoriumsvorsitzenden wurde Bundesministerin Claudia Nolte bestellt.

Die Stiftung als Trägerin der Nationalen Freiwilligenagentur

Andere Staaten, die nicht die Wohlfahrtsverbandsstruktur wie Deutschland haben, verfügen bereits über ein breit gefächertes Netzwerk von Freiwilligenagenturen. In Deutschland fehlte bisher eine derartige Einrichtung. Diese Lücke soll jetzt geschlossen werden. Mit Hilfe der Stiftung wird in Berlin die Nationale Freiwilligenagentur eingerichtet. Sie versteht sich als Ansprechpartnerin und als offenes Forum für das Ehrenamt, als Angebot für die traditionellen Verbände, die lokalen und regionalen Freiwilligenagenturen und für alle an ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement interessierten Bürgerinnen und Bürger. Sie möchte insbesondere die Rahmenbedingungen verbessern, damit sich möglichst viele an der Entwicklung und Gestaltung unserer Gesellschaft durch freiwilliges Engagement beteiligen können. In diesem Zusammenhang übernimmt die Nationale Freiwilligenagentur folgende Aufgaben:

● **Bildungs- und Beratungsleistungen.** Darunter fallen insbesondere

die Unterstützung und Förderung beim Aufbau vergleichbarer Einrichtungen, aber auch Hilfen für traditionelle Verbände und Institutionen bei der Konzeption neuer projektbezogener Aufgabenbereiche und Einsatzfelder.

● **Qualitätssicherung und Information.** Hier ist ein fachlich fundiertes Informationssystem aufzubauen, das regelmäßig und systematisch wissenschaftliches Material, aber auch alles verfügbare Erfahrungswissen aus dem nationalen und internationalen Bereich wiedergibt.

● **Zusammenarbeit und Vernetzung.** Die nationale Freiwilligenagentur will als Träger übergreifende Kooperationsstelle die Kontakte zwischen internationalen Verbänden und den Trägern ehrenamtlichen Engagements in Deutschland unterstützen.

● **Info-Hotline und Datenbank.** Hier können sich alle Institutionen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten, in Fragen bezüglich des Ehrenamtes beraten lassen. Darüber hinaus können sie sich über Arbeit und Projekt der Nationalen Freiwilligenagentur informieren. Die Hotline steht aber auch informierten Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung.

● **Öffentlichkeitsarbeit.** Damit soll das Image des Ehrenamts aufgewertet werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch die regelmäßige Veröffentlichung positiver Beispiele auf die Notwendigkeit einer qualifizierten Freiwilligenarbeit hingewiesen werden.

● **Forschung und Innovation.** Um effizient und nachhaltig wirksam eine wissenschaftlich abgesicherte Vorgehensweise für den Aufbau einer Infrastruktur zur Förderung freiwilligen Engagements zu entwickeln, soll die Nationale Freiwilligenagentur im Interesse ihrer Kernaufgabe Forschungsförderung betreiben. ■

Wichtiger Schritt für einheitliches Fahrerlaubnisrecht in Europa

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und der Berichterstatter für das Straßenverkehrsrecht, Michael Jung, erklärten zur Verabschiedung der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes und des Fahrlehrergesetzes im Deutschen Bundestag:

Mit der Novellierung insbesondere des Straßenverkehrsgesetzes und mit der Umsetzung der Zweiten EU-Führerscheinrichtlinie wird ein bedeutender Schritt für ein einheitliches Fahrerlaubnisrecht in Europa getan. Einheitliche Mindeststandards für die Erteilung der Fahrerlaubnis und einheitliche Führerscheinstandards sind die Grundlage für die gegenseitige und unbefristete Anerkennung der Fahrerlaubnisse und Führerscheine in den Mitgliedstaaten der EU sowie in den Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum. Damit wird ein weiteres Stück Freizügigkeit in Europa verwirklicht.

Mit dem neuen Führerscheinrecht im Straßenverkehrsgesetz wird des weiteren sichergestellt, daß im Bereich der Prävention und der Ahndung nach sachlichen, einheitlichen und verbindlichen Kriterien verfahren wird und Mißbräuche vermieden werden. Gerade dies liegt nach Auffassung der CDU/CSU im Interesse und dient der Verbesserung der Verkehrssicherheit auf unseren Straßen. Dagegen verdeutlichen die Anträge der SPD und von Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit ihren Forderungen nach mehr staatlichen Regelungen nur ihr Mißtrauen gegenüber der Mündigkeit des Autofahrers.

Ein besonderes Augenmerk gilt den Fahranfängern. Es steht zweifelsfrei fest,

daß sich die 1986 eingeführte Fahrerlaubnis auf Probe zur Bekämpfung des überdurchschnittlich hohen Unfallrisikos von Fahranfängern bewährt hat. Die große Mehrheit der Fahranfänger, nämlich 86 Prozent, fallen in der Probezeit nicht auf. Und deshalb ist es auch nicht einsichtig, daß diese Mehrheit für die Fehler der Minderheit büßen soll. Dies aber wäre die Konsequenz des SPD-Antrags, die Probezeit für jugendliche Fahranfänger generell auf vier Jahre zu verlängern. Und der SPD-Vorschlag, dann die Teilnahme an einer freiwilligen 2. Ausbildungsphase mit einer Abkürzung der Probezeit auf die ursprünglichen 2 Jahre zu „honorieren“, ist aufgrund der Kosten dieser Seminare – im Mittel ca. 450 DM – für die meisten Jugendlichen sicherlich kein „Bonus“, sondern eine erhebliche Zusatzbelastung.

Es bleibt grundsätzlich bei der zweijährigen Probezeit

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben hier mit ihrer Mehrheit das sinnvollere Konzept durchgesetzt: Es bleibt grundsätzlich bei der zweijährigen Probezeit für alle Fahranfänger. Allerdings soll für diejenigen, die in der Probezeit auffällig werden, d. h. für ca. 14 Prozent der Führerscheininhaber auf Probe, losgelöst vom Alter die Probezeit auf vier Jahre verlängert werden. Denn durch Untersuchungen ist belegt, daß diese Fahranfänger auch nach Ablauf der Probezeit überdurchschnittlich häufig Verkehrsdelikte begehen. Die Verlängerung der Probezeit nur für die Auffälligen ist in der Sache richtig und auch gerecht, weil es alle trifft, die in der Probezeit entsprechend schwer-

wiegende Verstöße begangen haben, ohne die jugendlichen Fahrer zu diskriminieren, die Unauffälligen aber nicht unangemessen belastet.

Auch die Information der SPD zum Wiederholungssehtest ist unvollständig und unsachlich, insbesondere der Vorwurf, die CDU/CSU sei dem angemeldeten Handlungsbedarf nicht nachgekommen. Für die CDU/CSU besteht kein Zweifel daran, daß richtiges Sehen wichtige Voraussetzung für das Führen von Fahrzeugen ist. Handlungsbedarf im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens heißt, daß man sich der Sache annimmt und sie ernsthaft und ausgewogen prüft. Dies hat die CDU/CSU getan. Gemäß einer von der CDU/CSU angeforderten Expertise der Bundesanstalt für Straßenwesen ist nicht belegt, daß sich Veränderungen oder Defizite im Sehvermögen in einer Weise auf das Unfallgeschehen auswirken, die es rechtfertigen würde, sämtliche Fahrerlaubnisinhaber oder bestimmte Altersgruppen mit obligatorischen Wiederholungsuntersuchungen zu belasten.

Deshalb besteht auch keine Veranlassung, hier dirigistisch einzugreifen. Die SPD verschweigt dabei, daß bereits ein großer Anteil der Autofahrer Brillenträger ist und sich regelmäßig untersuchen läßt, des Weiteren, daß obligatorische Sehteste im Fünfjahresrhythmus bedeuten würden, daß sich jährlich rd. 8 Millionen Autofahrer einem kostenpflichtigen Sehtest unterziehen müßten. Die CDU/CSU tritt sowohl im Interesse der Verkehrssicherheit als aber auch des Autofahrers vielmehr dafür ein, Sehteste auf freiwilliger Basis durchzuführen, und vertraut dem Verantwortungsbewußtsein der Kraftfahrer.

Schließlich wird durch die Novellierung des Fahrlehrergesetzes dazu beigetragen, Qualifikation, Ausbildung und Fortbildung der Fahrlehrer zu verbessern. Dies ist von Bedeutung für die Ausbildung in den Fahr-

schulen in Deutschland, in denen jährlich etwa eine Million Fahranfänger auf den modernen Straßenverkehr vorbereitet werden müssen. Ca. zwei Drittel der Fahrerlaubnisse werden zwischen dem 18. und 19. Lebensjahr, über 90% bis zum 25. Lebensjahr erworben. Dies bedeutet, daß nahezu jeder Jugendliche eine Fahrschule besucht. Neben der Ausbildung in Vorschriftenkenntnis und Fahrfertigkeit ist heute von zentraler Bedeutung, daß dem Fahrschüler zusätzlich auch Verantwortungsbewußtsein, Sensibilität für Risiken und Gefahren des modernen Straßenverkehrs sowie die richtige Einstellung zum Führen eines Kraftfahrzeugs vermittelt wird.

Fahrlehrerberuf ist noch immer ein Fortbildungsberuf

Die Fahrschulausbildung ist heute nicht mehr nur eine Vorbereitung auf die theoretische und praktische Fahrerlaubnisprüfung, sondern sie hat inzwischen ihren eigenständigen Wert erhalten. Sie stellt an den Fahrlehrer auch entsprechende pädagogische Anforderungen.

Der Fahrlehrerberuf ist noch immer ein Fortbildungsberuf, für den eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem anderen anerkannten Lehrberuf sowie eine 5monatige theoretische Fortbildung in einer Fahrlehrerausbildungsstätte genügt. Nunmehr wird diese theoretische Fortbildung um ein mehrmonatiges Praktikum in einer Ausbildungsfahrschule ergänzt, um den Praxisbezug herzustellen. Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag auf Initiative der Koalition die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, ob angesichts der pädagogischen Anforderungen, die vermehrt an den Fahrlehrer gestellt werden, der Fahrlehrerberuf von einem Fortbildungs- zu einem Ausbildungsberuf zu entwickeln ist, und in zwei Jahren hierüber zu berichten. ■

EVP-Kongreß beschließt Position zur Erweiterung der Europäischen Union

Auf ihrem Kongreß in Toulouse vom 9. bis 11. November hat die Europäische Volkspartei (EVP) in einem einstimmigen Beschluß ihre Position für die Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittel- und Osteuropas (MOEL) festgelegt. Dem Beschluß lag ein Antrag der EVP-Fraktion zugrund, der unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Gert Pöttering erarbeitet worden ist. Der Beschluß des EVP-Kongresses, dem die Delegierten aus 21 Mitgliedsparteien einstimmig zugestimmt haben, hat folgenden Wortlaut:

**Die Europäische
Union und ihre
Erweiterung müssen
im Interesse aller
Europäer ein Erfolg
werden**

● Unsere historische Aufgabe der Schaffung eines Europas in Frieden und Wohlstand

Die Völker in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOEL), denen nach der Katastrophe des 2. Weltkrieges die Unterdrückung durch den Kommunismus auf-

gezwungen wurde, haben in einer friedlichen Revolution ihre Freiheit und Unabhängigkeit erkämpft. Für diese Völker ist Europa ein Symbol für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine marktwirtschaftliche Ordnung. Die Völker der MOE-Länder sowie Zypern und Malta wollen der Europäischen Union beitreten, weil sie sich zu deren Zielen bekennen, wie sie in den Römischen Verträgen von 1957 in der Präambel festgelegt sind. Hierbei geht es darum, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen und durch diesen Zusammenschluß Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen“. Die Europäische Union ist offen für alle europäischen Demokratien, die die Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllen.

Die EVP ist davon überzeugt, daß die Europäische Union aus politischen und moralischen Gründen verpflichtet ist, sich den Ländern Mittel- und Osteuropas zu öffnen. Der Beitritt der MOE-Länder zur Europäischen Union entspricht nicht nur dem politischen und wirtschaftlichen Interesse dieser Länder, sondern ebenso dem Interesse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Sowohl die Beitrittsländer als auch die Europäische Union und alle ihre Mitgliedstaaten müssen, ohne das bestehende Gleichgewicht zwischen den gegenwärtigen Mitgliedstaaten der Union zu gefährden, die notwendigen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Anstrengungen unternehmen, um die Erweiterung zum Erfolg zu führen. Es geht dabei im Kern um die Sicherheit des gesamten europä-

schen Kontinents. Da die grundlegenden Ziele der Union darin bestehen, Freiheit, Sicherheit, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung, gepaart mit sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, in Europa zu schaffen und aufrechtzuerhalten, sollten die Auswirkungen der Erweiterung in erster Linie nach diesen Kriterien beurteilt werden. Die EVP betont, daß die finanziellen Aspekte der Erweiterung die Prinzipien der Solidarität sowie des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts innerhalb der Union selbst nicht unterhöhlen dürfen.

Die Verwirklichung der Demokratie und des Rechtsstaates, die Anerkennung der Menschenrechte und der Rechte ethnischer Minderheiten, eine marktwirtschaftliche Ordnung sowie die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands sind Voraussetzungen für einen Beitritt der MOE-Länder zur Europäischen Union. Die Notwendigkeit der Einhaltung der politischen Kriterien, besonders im Bereich der Demokratisierung, wurden im Vertrag von Amsterdam nochmals betont. Aus diesem Grunde kann die Slowakei unter den derzeitigen Bedingungen nicht zu einer Mitgliedschaft eingeladen werden.

● Eine neue Etappe im Erweiterungsprozeß mit allen Beitrittskandidaten, die die politischen Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllen

Die Kommission hat ihre Vorschläge für eine stärkere und erweiterte Europäische Union unterbreitet. Die EVP stellt anerkennend fest, daß diese Vorschläge in vielen Bereichen den Auffassungen der EVP entsprechen und insgesamt den richtigen Weg weisen.

Die EVP ist davon überzeugt, daß, als Teil des Erweiterungsprozesses, die Europäische Union mit all den Ländern, die ein Europa-Abkommen mit der EU abgeschlossen haben, den strukturierten Dialog

verstärken sollte, indem ein Erweiterungsdialog, der unverzüglich beginnt, geschaffen wird. Solch ein „Erweiterungsdialog“ als ein fortlaufender Prozeß würde dazu dienen, alle Themen der Politikbereiche der EU zu behandeln, einschließlich der institutionellen Entwicklung der EU. Er würde den Beitrittsländern die Möglichkeit geben, im Rahmen eines multilateralen informellen Netzwerks bereits vor dem Beitritt auf die Politik der EU Einfluß zu nehmen und diese auch zu übernehmen und somit unter Wahrung des Acquis communautaire die Erweiterung vorzubereiten. Der Erweiterungsdialog ist ein Signal für die Völker Mittel- und Osteuropas, daß sie zur europäischen Familie gehören und Mitglied der Europäischen Union werden.

Die EVP wünscht, daß ein verstärkter Beitritts- und Verhandlungsprozeß mit all den Staaten Mittel- und Osteuropas, die die politischen Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllen, sowie mit Zypern im Jahre 1998 eröffnet werden sollte.

Der Verhandlungsrhythmus und der Abschlußtermin hängen davon ab, wieweit die einzelnen Beitrittskandidaten die Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen. Während des Europäischen Gipfels in Cannes wurde beschlossen, die Beitrittsverhandlungen mit Malta Anfang 1998 zu beginnen. Wir möchten aus diesem Grunde Malta dazu auffordern, sein Beitrittsgesuch zu erneuern.

Die Verhandlungen zwischen der EU und den Beitrittskandidaten finden auf bilateraler Ebene statt. Jedes Land wird auf der Grundlage seiner individuellen Entwicklungen im Hinblick auf die Erreichung des Acquis communautaire bewertet.

Die EVP unterstreicht, daß intensive Verhandlungen auf individueller Basis zunächst mit denjenigen Ländern beginnen sollen, die am weitesten fortgeschritten sind, und unterstützt trotz einiger sachlicher Ungenauigkeiten die Auswahl der Länder durch die Kommission. Die

Verhandlungsmandate für die Kommission sollten eindeutig definiert werden, so daß die Kommission das Recht hat, je nach dem Fortschritt, den die einzelnen Kandidaten zu verzeichnen haben, über die Intensität und den Abschluß der Verhandlungen zu entscheiden, wobei die institutionellen Zuständigkeiten des Rates und des Europäischen Parlaments berücksichtigt werden müssen. Die anderen Ländern werden durch weitere Anstrengungen und mithin durch eine stetig zunehmende Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen eine vergleichbare Intensität der Verhandlungen erreichen.

● Von zentraler Bedeutung: die Heranführungsstrategie und die Beitrittspartnerschaft

Der Grad der demokratischen und wirtschaftlichen Umgestaltung in den Beitrittsländern ist sehr unterschiedlich. Im Rahmen einer verstärkten Heranführungsstrategie als Teil des Erweiterungsprozesses und eines Programms der Beitrittspartnerschaften auf bilateraler Basis zwischen der Europäischen Union und den Beitrittsländern sollen diese unter voller Wahrung des institutionellen Gleichgewichts mit der EU vertraut gemacht werden. Die EVP unterstützt insoweit ausdrücklich die Vorschläge der Kommission. Notwendig ist ferner, daß bereits vor dem Beitritt Mittel und Wege gefunden werden, um die Behörden der Beitrittsländer an die Strukturen der Union heranzuführen. Besonders Augenmerk ist zu richten auf die Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltungen in den Beitrittsländern, die gemeinschaftliche und sonstige Mittel zu verwalten haben.

● Die „Europa-Konferenz“

Die EVP ist der Ansicht, daß die von der Kommission vorgeschlagene „Europa-Konferenz“ hinsichtlich der GASP und der

Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres ein wichtiges Instrument politischer Zusammenarbeit sein kann. Die „Europa-Konferenz“ soll nach dem Vorschlag der Kommission ein Mal im Jahr auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs unter Beteiligung des Präsidenten der Kommission und des Europäischen Parlaments stattfinden. Daran teilnehmen sollen ferner die Mitgliedstaaten der EU sowie alle europäischen Staaten, die einen Beitritt anstreben und mit der Union durch ein Assoziationsabkommen verbunden sind.

● Notwendig: institutionelle Reformen und Umstrukturierung des Finanzrahmens

Die EVP tritt für eine starke, handlungsfähige und demokratische EU ein. Der Vertrag von Amsterdam hat trotz einiger Fortschritte in anderen Bereichen nicht die erforderlichen institutionellen Reformen zuwege gebracht.

Um den Weg zur Erweiterung zu ebnen, wird die institutionelle Reform nach Auffassung der EVP folgendes umfassen müssen: das Entscheidungsverfahren (Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat und Mitentscheidung des Europäischen Parlaments), eine Neugewichtung der Stimmen im Ministerrat, die Zusammensetzung der Kommission. Diese Reformen müssen so bald wie möglich erfolgen, um den Beitritt der ersten Länder in den Jahren 2002/2003 möglich zu machen.

Zum Gelingen der Erweiterung ist es außerdem notwendig, einen neuen Finanzrahmen unter Beachtung des Zeitplans der Erweiterung sowie ihrer Auswirkungen auf die Politiken der EU und unter Berücksichtigung des bereits vorgeschlagenen „Erweiterungsfonds“ auszuhandeln. Die Ziele der EVP sind die politische und institutionelle Reform der Europäischen Union sowie Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent im 21. Jahrhundert.

„Wir sind Teil der einen Welt“

Die Europäische Volkspartei war in diesem Jahr mit dem XII. Kongreß bei der französischen Partnerpartei Force Democratique zu Gast. Der EVP-Kongreß, der vom 9. bis 11. November in Toulouse stattfand, stand unter dem Motto „Wir sind Teil der einen Welt“ und beschäftigte sich vor allem mit den dringenden Fragen der Arbeitslosigkeit in Europa, dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität, dem Einwanderungs- und Asylrecht, der Bewahrung der Schöpfung sowie Europas Verantwortung in regionalen Konflikten.

Die 21 christlich-demokratischen und bürgerlichen Parteien der EVP verabschiedeten außerdem eine Entschliebung der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zur anstehenden Erweiterung der Europäischen Union. Die Erweiterung wird Gegenstand des Regierungsgipfels sein, der vom 11. bis 12. Dezember 1997 in Luxemburg tagt.

Bundeskanzler Helmut Kohl, dessen Popularität auf den Straßen von Toulouse und in der Veranstaltung deutlich wurde, erklärte in seiner Eröffnungsrede in Toulouse, die Massenarbeitslosigkeit sei das zentrale Thema der Europäer in diesen Tagen. Im Vorfeld des EU-Beschäftigungsgipfels am 20. und 21. November in Luxemburg verabschiedete der EVP-Kongreß ein Strategiepapier zur Beschäftigungspolitik, in dem die Koordinierung nationaler Beschäftigungspolitiken gefordert wird. Entgegengesetzte Politiken der Mitgliedstaaten in diesem Bereich heben sich wegen der Verflechtung der Wirtschaft auf dem Binnenmarkt gegenseitig auf.

Die beschäftigungspolitische Verantwortung bleibt jedoch auch weiterhin vor al-

lem in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, insbesondere auch wegen der Rolle der Tarifpartner. Die EU und die Mitgliedstaaten setzen die Rahmenbedingungen in der Sozialen Marktwirtschaft, die den Spielraum der Tarifpartner definieren.

Die EVP-Delegierten forderten in Toulouse, daß ein verstärkter Beitritts- und Verhandlungsprozeß mit all den Staaten Mittel- und Osteuropas, die die politischen Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllen, sowie mit Zypern im Jahre 1998 im

Bericht vom XII. EVP-Kongreß der Europäischen Volkspartei von Elmar Brok, MdEP

Rahmen eines multilateralen Erweiterungsdialogs eröffnet werden soll. Der Erweiterungsdialog soll den Beitrittsländern die Möglichkeit geben, sich im Rahmen eines multilateralen Netzwerks auf ihren Beitritt vorzubereiten. In der Entschliebung heißt es: „Der Erweiterungsdialog ist ein Signal für die Völker Mittel- und Osteuropas, daß sie zur europäischen Familie gehören und Mitglied der Europäischen Union werden.“

Der Kongreß unterstützte weiterhin den Vorschlag der EU-Kommission, bilaterale intensive Verhandlungen mit Polen, Tschechien, Ungarn, Estland, Slowenien und Zypern zu führen. Auf diese Weise soll allen Kandidaten die Perspektive der Mitgliedschaft gegeben und gleichzeitig mit den weiterentwickelten Bewerbern konkrete Verhandlungen geführt werden, um etwa 2003 nach den notwendigen Reformen der EU die ersten neuen Mitglieder aufnehmen zu können. ■

Großer Erfolg für die EURO-Veranstaltung in Trier

Der EURO ist nach wie vor ein wichtiges Thema in der Bevölkerung. Dies zeigen die hohen Besuchszahlen der EURO-Veranstaltung in Trier ganz deutlich. Rund 600 Teilnehmer waren am Dienstag, dem 18. November, in die Europahalle in Trier gekommen, um an einer Informationsveranstaltung über den EURO teilzunehmen.

Sie wurden vom Landesvorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, begrüßt. Die beiden Referenten, der Europaabgeordnete Dr. Werner Langen und der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Banken, Dr. Manfred Weber, zeigten in ihren Vorträgen eindrücklich die Vorteile des EURO aus politischer und aus wirtschaftlicher Perspektive.

Dabei räumten sie auch manches Vorurteil aus. Sie machten beispielsweise klar, daß eine Volksbefragung, wie es die EURO-Gegner immer wieder fordern, keinerlei Einfluß auf einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag wie den Maastrichter Vertrag haben kann.

In der anschließenden lebhaften Diskussion konnten noch weitere Vorurteile gegen

den EURO abgeräumt werden. Es wurde deutlich, daß auch im Hinblick auf die praktische Umstellung von der DM auf den EURO noch viele Fragen offen sind. Informationsveranstaltungen wie diese bieten die große Chance, diese Fragen konkret zu beantworten.

Eine großartige Sache

Der Diskussionsleiter Franz Peter Basten MdB, wies in seinem Schlußwort noch einmal eindrücklich auf die besondere Situation in Trier hin. Wegen der engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Luxemburg und Frankreich, hat die Region Trier ein besonderes Interesse an der Einführung des EURO. Die z. Zt. noch bestehende Belastung durch die Wechselkurse und die Wechselkursschwankungen wird nach der Einführung des EURO die Betriebe wesentlich entlasten und die Umsätze kalkulierbarer machen.

„Der EURO ist für unsere Region eine großartige Sache“ – mit diesen Worten schloß Basten diese rundherum gelungene Veranstaltung und sprach damit aus, was die meisten Besucher nach dieser Veranstaltung wohl auch dachten.

Mehr als 10.000 Anfragen zum EURO

Eine CD-ROM für den Mittelstand zum Thema „EURO“ wird Anfang Dezember von den Euro Info Centres (EIC), einer Einrichtung der Europäischen Union (EU), in Deutsch herausgebracht. Sie soll die wachsende Nachfrage nach Informationen über die Europäische Währungsunion befriedigen helfen,

wie die Berliner Informationsstelle der EU mitteilte. Allein in diesem Jahr beantworteten die EIC mehr als 10.000 Anfragen von kleinen und mittleren Unternehmen zum EURO.

Die kostenlose CD-ROM ist unter der Faxnummer: 0 30-31 51 03 16 abrufbar.

Argumente

Für einen pünktlichen Start des EURO

Der EURO kommt. Die Bundesrepublik Deutschland wird die Maastricht-Kriterien erfüllen. Welche Länder der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beitreten werden, entscheidet sich bereits im Frühjahr nächsten Jahres.

Spätestens jetzt sollten sich deshalb alle Bürgerinnen und Bürger mit den Vorteilen vertraut machen, die die neue Währung mit sich bringt:

1: Mehr Wachstum

- Der Wegfall der Wechselkursrisiken schafft mehr Planungssicherheit.
- Der Wegfall von Umtauschgebühren erspart Unternehmen und Verbrauchern jährliche Kosten in Höhe von einem halben Prozent der Wirtschaftsleistung der EU – das sind: weit über 40 Milliarden Mark.

Die Folge: Wachstumsschub und Zuwachsraten im Handel.

2: Sichere Arbeitsplätze

Die Devisenturbulenzen der vergangenen Jahre haben unzählige Arbeitsplätze gekostet. Ohne Aufwertungsdruck verbessert sich die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen. Das bedeutet: Der EURO sichert bestehende und schafft neue Arbeitsplätze.

3: Inflation jetzt schon auf historischem Tiefstand

Europa hat aus den stabilitätspolitischen Fehlern der 70er Jahre gelernt. Stabile

Preise sind zum vorrangigen Ziel geworden. **Vorwirkung** der Beitrittsabsicht: Die Inflation in der EU ist mit 1,5 Prozent auf einem historischen Tiefstand. Die Staatsdefizite sind deutlich gesunken.

Die Folge: stabile Preise.

4: Gewinn für die Sparer

Das große EURO-Währungsgebiet bietet große Möglichkeiten für Anlage- und Finanzierungsaktivitäten. Zunehmender Wettbewerb zwischen Banken und Finanzinstituten wird auch den Sparern zugute kommen.

5: Größere Chancen auf dem Weltmarkt

Im Vergleich zu den USA, wo es für einen Wirtschaftsraum von rund 260 Millionen Menschen nur eine gemeinsame Währung gibt, gelten in der EU mit rund 370 Millionen Menschen 14 Währungen nebeneinander. Mit dem EURO bündelt Europa seine Kräfte und verbessert seine Chancen im internationalen Wettbewerb. Der EURO wird gleichberechtigt neben Dollar und Yen stehen, eine der wichtigsten Handels- und Reservewährungen sein und das Weltwährungsgefüge stabilisieren.

6: Stabilitätsgemeinschaft Europa

Die Länder, die der Währungsunion beitreten, übertragen ihre geldpolitischen Kompetenzen auf die Europäische

Zentralbank mit Sitz in Frankfurt am Main. Die Europäische Zentralbank ist nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank von politischen Weisungen unabhängig und nur der Geldwertstabilität verpflichtet.

Die EU hat sich – auf deutschen Vorschlag – auf einen „Stabilitätspakt“ geeinigt. Darin werden die Bestimmungen des Maastrichter Vertrags für die dauerhafte Stabilität des EURO präzisiert.

Die Kriterien

für den Eintritt in die Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion:

● **Preise:** Die Inflationsrate darf nur um 1,5 Prozent über der Rate der drei preisstabilsten Länder liegen.

● **Haushalte:** Öffentliche Defizite dürfen in der Regel nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) betragen. Der Schuldenstand darf in der Regel 60 Prozent des BIP nicht übersteigen.

● **Zinsen:** Der Zinssatz für langfristige Kredite darf nur 2 Prozent über den Zinsen für Staatsanleihen der drei preisstabilsten Länder liegen.

● **Wechselkurse:** Währungen, die in den EURO gehen wollen, müssen mindestens zwei Jahre vor der Entscheidung über den Beitritt ohne Probleme innerhalb der normalen Spannweite am Europäischen Währungssystem teilgenommen haben.

Die Umstellung

Zum Stichtag werden DM und die Währungen der anderen Teilnehmer in die neue Währung umgerechnet. Am realen Wert des Geldes ändert sich nichts.

Kaufkraft und Preis-Leistungs-Verhältnis bleiben gleich.

Der Fahrplan

Ende Februar 1998:

► Die EU-Mitgliedstaaten melden ihre Wirtschaftsdaten des Jahres 1997 an das Europäische Währungsinstitut und an die Europäische Kommission.

2. bis 3. Mai 1998:

EU-Gipfel in Brüssel entscheidet über

- die Teilnehmerländer der ersten Gruppe der Währungsunion
- die Umrechnungskurse zwischen den teilnehmenden Währungen
- die Besetzung des Präsidiums der Europäischen Zentralbank.

1. Januar 1999:

Beginn der Währungsunion mit

- der unwiderruflichen Fixierung der Wechselkurse
- der Übernahme der geldpolitischen Kompetenzen durch die EZB
- der Einführung des EURO als Buchgeld

1. Januar 2002:

- Beginn des Umtausches der nationalen Geldscheine und -münzen in EURO und Cent

1. Juli 2002:

- Der EURO wird zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel. Nationale Noten und Münzen können weiter umgetauscht werden.

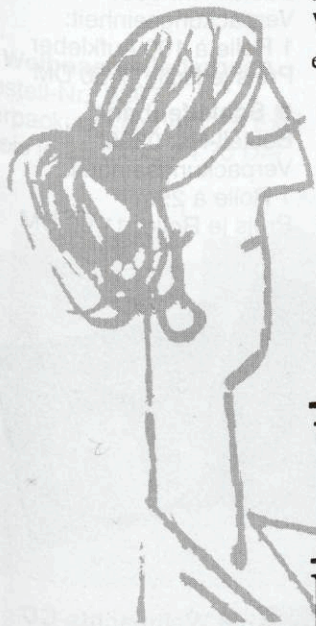
Der EURO wird so stabil sein wie die DM.

Lebensentwürfe von Frauen – was hat sich geändert?

Themenschwerpunkte 1998:

- Fremd in Deutschland?
- Türkinnen zwischen den Kulturen.
- Frauen und Macht -
Eine ambivalente Beziehung.
- Zwischen Anspruch und Wirklichkeit -
Die Situation von Künstlerinnen.
- Vom Girlie zur Power-Frau?
- Mädchen heute.

Jedes Themenheft mit Beiträgen aus Politik,
Wissenschaft, Medien und Praxis; mit Illustrationen.
erscheint vierteljährlich; Jahresabo 40,- DM (zzgl. Porto)



**Jetzt kostenloses
Probeheft anfordern!**

Verlag Leske + Budrich
Postfach 300551
51334 Leverkusen
Tel. 0 21 71/20 79

DIE FRAU IN UNSERER ZEIT

**Die frauenpolitische Zeitschrift
der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Weihnachtswerbemittel

der

CDU



● **Siegelmarke**

Bestell-Nr.: 0307

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 100 Aufkleber

Preis je Rolle: 7,50 DM

● **Schleifenband**

Bestell-Nr.: 0306

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 25m

Preis je Rolle: 11,90 DM



● **Winterschal**

Bestell-Nr.: 9362

Verpackungseinheit: 1 Schal

Preis je Expl.: 9,45 DM



● **Weihnachts-CD**

Bestell-Nr.: 9300

Verpackungseinheit:

1 Expl., Preis je Expl.:

7,00 DM



● **Eiskratzer**

Bestell-Nr.: 9890

Verpackungseinheit:

100 Expl., Preis je

100 Expl.: 89,00 DM

Advents- und Weihnachtslieder



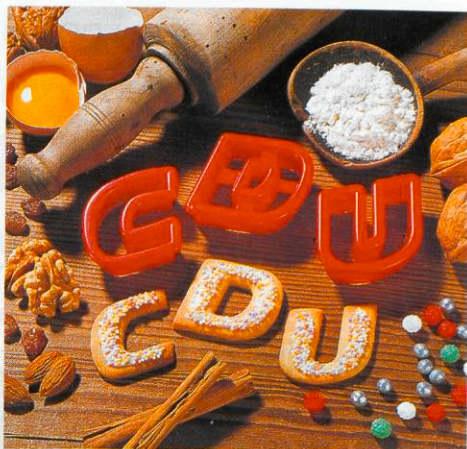
CDU

● **Weihnachtsliederbuch**

Bestell-Nr.: **2867**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,75 DM



● **Ausstechformen-Set**

Bestell-Nr.: **9109**

Verpackungseinheit: 10 Sets

Preis je 10 Set's.: 17,00 DM



● **Flaschentasche (blau oder rot)**

Bestell-Nr. rot: **0305**

Bestell-Nr. blau: **0304**

Verpackungseinheit: 1 Set à 25 Expl.

Preis je Set: 27,50 DM



● **Geschenkpapierrolle (blau oder rot)**

Format: 10m x 75cm

Bestell-Nr. rot: **0303**

Bestell-Nr. blau: **0302**

Verpackungseinheit: 1 Rolle

Preis je Rolle: 14,90 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

CDU-Ledergeldbörse

Wie abgebildet, besteht die Börse aus einem Kleingeldfach auf der Außenseite sowie einem Scheinfach, 8 Kartenfächern und zwei Steckfächern im Innenteil.

Die hochwertige Verarbeitung dieser Börse aus der namhaften „Brown-Bear-Collection“ zeichnet sich unter anderem durch seine rundgenähten Ecken, doppelten Nähte sowie die Stoff-Kaschierung an den Innenseiten aus.

Durch ihr handliches Format (ca. 11 x 9 cm) ist diese Börse sowohl als Damen- wie auch als Herren-Geldbörse verwendbar.

Bestell-Nr.: **9243**

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 29,90 DM
zzgl. MwSt. und Versand



Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64, 33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

UiD

38/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.